

JAHRESBERICHT REGISTER MITTE 2023

RASSISTISCHER VORFÄLLE UND GRUPPEN-
BEZOGENER MENSCHENFEINDLICHKEIT
UNABHÄNGIGE DOKUMENTATION UND ANALYSE



Impressum

Internet: www.berliner-register.de/mitte
www.narud.org/register-berlin-mitte

Mail: register@narud.org

Träger: NARUD e.V.
Brüsseler Str. 36, 13353 Berlin

Telefon: 030/407 57 551

Redaktion: Aziz Lamere, Matthias Oberg, Max Williams

Fotos: Titelbilder: ©Narud e.V. und Fotolia © Jürgen Fälchle,
Christopher Street day ;
Foto „Hanau ist überall“ © E. Windmüller,
Fotos © NARUD e.V.; Grafiken mit Datawrapper erstellt
weitere Bildrechte an den Fotos vermerkt

Gestaltung: Ellen Windmüller · Kommunikationsdesign

INHALT

I. BERLINER REGISTER	5
I.I WAS IST DAS „BERLINER REGISTER“	5
I.II ERHEBUNG UND RECHERCHE	6
II. AUSWERTUNGEN	9
II.I VORFALLSART	9
II.II VORFALLSMOTIV	15
II.III VERTEILUNG NACH ORTSTEILEN	23
II.V ZIVILCOURAGE	31
II.VI AUSZÜGE AUS DEM REGISTERS	33
III. KONTAKTADRESSEN UND BERATUNGSANGEBOTE	35
III.I ANLAUFSTELLEN	36
III.II BERATUNGSSTELLEN	38



I.I. Was ist das „Berliner Register“?

Das Berliner Register dokumentiert Vorfälle aus Berlin, die rassistisch, antisemitisch, anti-Schwarz rassistisch, antimuslimisch-rassistisch, antiziganistisch, extrem rechts, LGBTQ*feindlich¹, den Nationalsozialismus verherrlichend oder verharmlosend, behindertenfeindlich, anti-feministisch oder sozialchauvinistisch motiviert sind. Die Aufgaben des Registers sind die Dokumentation und Analyse von radikal und extrem rechten Aktivitäten, Vorfällen und Gruppierungen sowie die Sichtbarmachung von Diskriminierung im Alltag auf lokaler Ebene. Durch die Sichtbarmachung der alltäglichen Diskriminierung und der Aktivitäten extrem rechter Gruppierungen im eigenen Bezirk können Anwohner*innen für diese Thematiken sensibilisiert werden. Um auch diese alltäglichen Vorfälle sichtbar zu machen, berücksichtigen die Register im Gegensatz zu bestehenden Statistiken nicht nur strafrechtlich relevante Vorfälle wie Angriffe oder Sachbeschädigungen, sondern ebenso niedrigschwellige Vorfälle, wie das Anbringen von diskriminierenden Parolen, aber auch jene Vorfälle, die aus unterschiedlichen Gründen nicht zur Anzeige gebracht wurden oder nicht in das Blickfeld offizieller Stellen gerückt sind. Das Registrieren solcher Vorfälle bei der Registerstelle Berlin-Mitte und in lokalen Anlaufstellen schafft für die Betroffenen einen Raum, in dem sie ihre Erlebnisse schildern können und in dem sie mit ihren Problemen nicht alleine gelassen werden. In der Registerstelle Berlin-Mitte können Betroffene eine Erst- und Verweisberatung erhalten. Hier wird ihnen geholfen, soweit nötig, die für sie jeweils geeignete spezialisierte Beratungsstelle zu finden.

Durch die Veröffentlichung und die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft am Register wächst das Interesse für die Diskriminierungsproblematik, insbesondere in der eigenen Nachbarschaft. Das Gefühl, selbst auch betroffen sein zu können oder die Betroffenen zu kennen, führt zu mehr Solidarität gegenüber Menschen, die Diskriminierung und Ausgrenzung ausgesetzt sind.

Die Auswertung der Daten dient darüber hinaus dem Ziel, gesellschaftliche Tendenzen sichtbar zu machen: Wie entwickeln sich rechtsradikale Einstellungen und diskriminierende Handlungen? Aus welchen Motivationen geschieht Diskriminierung? Hierüber informieren die Berliner Register Politik, Wissenschaft und die breite Öffentlichkeit.

Wenn die Registerarbeit zunächst auch hauptsächlich Dokumentation und Auswertung von Vorfällen umfasst, möchten wir jedoch nicht auf der beschreibenden Ebene stehenbleiben, sondern Handlungen gegen Diskriminierung stärken. Hierfür werden Einzelpersonen zu mehr Zivilcourage ermutigt und befähigt und lokale Bündnisse gegen Rassismus und Diskriminierung gestärkt.

Das Register Berlin wurde 2005 gegründet und war zunächst auf die Bezirke Pankow und Lichtenberg begrenzt. Damals begann ein Aufbauprozess, der sich über mehr als zehn Jahre erstreckte. Im August 2007 wurde die Koordinierungsstelle von Treptow-Köpenick eingerichtet. Im Jahr 2013 nahmen die Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf und Neukölln ihre Arbeit auf. Im August 2015 folgte der Bezirk Reinickendorf und im September 2016 konnte mit der Einrichtung einer Koordinierungsstelle in Steglitz/Zehlendorf ein geschlossenes Erfassungsgebiet, das sich auf ganz Berlin bezieht, gebildet werden.

¹ Anfeindung aufgrund der sexuellen Identität oder Orientierung (Englisch: Lesbian, Gay, Bi-, Trans-, Intersexual, Queer)

Seit 2014 wird die Registerstelle im Bezirk Berlin-Mitte von NARUD e.V. getragen. NARUD e.V. ist eine migrantische, afrikanisch-diasporische Organisation, die sich insbesondere für Integrationsförderung, entwicklungspolitische Bildung und Entwicklungszusammenarbeit einsetzt und das Ziel verfolgt, die diskriminierungsfreie Teilhabe von Migrant*innen in Berlin zu fördern. Es ist folgerichtig ein Anliegen von NARUD e.V. dazu beizutragen, alle Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung in aufklärerischer Weise sichtbar zu machen und zu überwinden.

Finanziell gefördert wird das Register Berlin-Mitte durch die Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung, das Bezirksamt Berlin-Mitte und das Jobcenter Berlin-Mitte.

I.II. Erhebung und Recherche

Damit die Register ein möglichst genaues Bild des Ist-Zustandes und der Entwicklungen in Berlin geben können, sind sie auf Daten angewiesen. Diese Daten gewinnen wir zum einen aus eigener Recherche, zum anderen aus Meldungen von Bürger*innen und von Kooperationspartner*innen wie z.B. den Anlaufstellen. Die Zahl der recherchierbaren Daten ist begrenzt, da es nur begrenzte Quellen gibt: Polizeimeldungen der Berliner Polizei, Artikel in der Presse, andere Dokumentationszentren sowie aktive Gruppen oder Einzelpersonen, die solche Daten sammeln. Um mehr Meldungen aus der Bevölkerung zu bekommen, setzen wir auf Öffentlichkeitsarbeit und auf die Gewinnung von Kooperationspartner*innen. Beratungsstellen und andere Orte mit hohem Publikumsverkehr gewinnen wir als Anlaufstellen, bei denen Personen Vorfälle melden können und die uns Meldungen aus ihrem Arbeitsalltag weiterleiten.

WERDEN SIE REGISTER-ANLAUFSTELLE

Das Register braucht die Beteiligung vieler Menschen bei der Sichtbarmachung von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Bezirk. Werden Sie aktiv und unterstützen Sie die Arbeit. Beratungsstellen, Vereine, Nachbarschaftszentren, Jugendclubs und andere soziale Einrichtungen können als Anlaufstelle aktiv werden, indem sie für das Register werben und Vorfälle an das Register Berlin-Mitte weiterleiten. Meldebögen und Informationsmaterialien können unter register@narud.org angefordert werden. Gerne führen wir auch Schulungen für die Mitarbeiter*innen der Anlaufstellen durch.

Des Weiteren intensivieren wir unsere Netzwerkarbeit, um weitere Organisationen und Multiplikator*innen zu aktivieren, uns zu helfen, das Register bekannt zu machen und dadurch Meldungen von Betroffenen und Zeug*innen zu gewinnen. Ein besonderer Fokus liegt hierbei auf von Diskriminierung betroffene Menschen, wie z.B. Migrant*innen.



Foto © Inssan e. V.

Besonders wichtige Kooperationspartner*innen, mit denen wir regelmäßig erfasste Daten austauschen, sind die Opferberatungsstelle „Reach Out“, die Recherche und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS), die Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA) des Amaro Foro e.V. und für antimuslimischen Rassismus, Inssan e.V.

Bürger*innen-Meldungen können direkt bei den Registerstellen und ihren Anlaufstellen oder telefonisch, online über die Webseite des Berliner Registers oder die Seite der Registerstelle Mitte auf der Webseite des Trägers NARUD e.V., per Mail, via Twitter oder per Post gegeben werden.

Das Berliner Register orientiert sich an den Bedürfnissen und Wahrnehmungen der Betroffenen, ihrer Angehörigen oder der Zeug*innen eines Vorfalls. Um die rassistischen oder diskriminierenden Hintergründe eines Vorfalls festzustellen, wird Wert darauf gelegt, einen Vorfall mit möglichst mehreren Quellen zu prüfen. Einige Vorfälle, die infolge einer polizeilichen Erfassung nicht auf Anhieb einen diskriminierenden Bezug erkennen lassen, werden so bei einer genaueren Betrachtung relevant, wenn beispielsweise belegt werden konnte, dass einer Körperverletzung eine rassistische Anfeindung vorausging. Situationsabhängig recherchieren die Mitarbeiter*innen vom Register Mitte auch vor Ort, um das Geschehen im Umfeld von Demonstrationen der extrem rechten Szene zu beobachten oder um Sachbeschädigungen bzw. rassistische Schmierereien zu prüfen.



Registerstelle Berlin-Mitte bei NARUD e.V.

Brüsseler Str. 36, 13353 Berlin

Telefon: Tel.: (030) 40757551 · Mobil: 0157/76318728

Mail: register@narud.org

Internet: www.narud.org/register/
oder
www.berliner-register.de/vorfall-melden/

Twitter: [@narud_ev](https://twitter.com/narud_ev)



Network African Rural and Urban Development e.V.



gefördert von:

Gefördert durch

im Rahmen von

BERLIN		DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung		Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus



II. Auswertungen

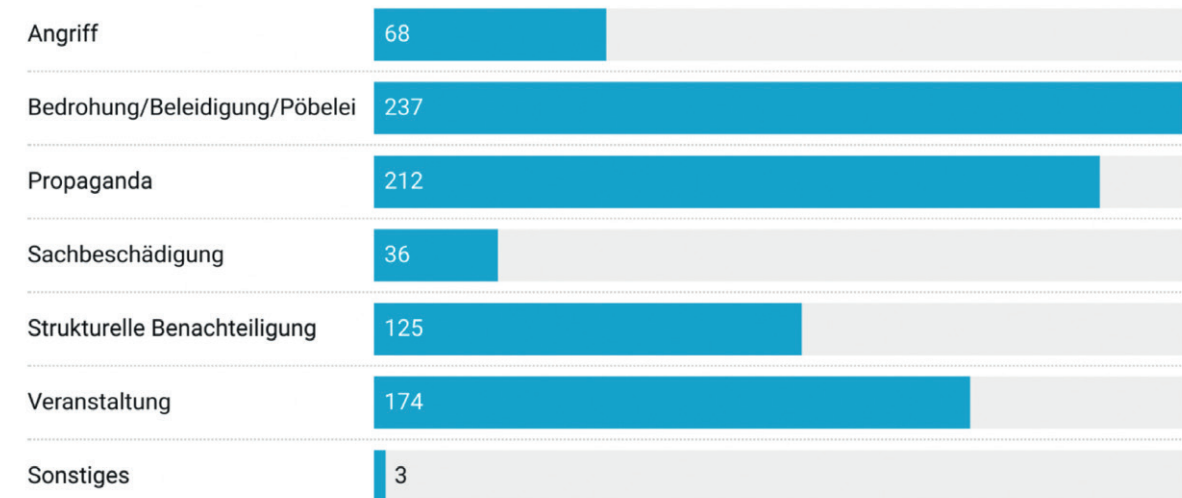
Im Bezirk Mitte wurden im Jahr 2023 855 Vorfälle, gegenüber 758 (2022) und 745 (2021) erfasst. Damit ist Mitte, wie bereits in den letzten sechs Jahren, der Bezirk mit den meisten Vorfällen. Berlinweit wurden mit 5286 Vorfällen deutlich mehr Vorfälle als im Jahr 2022 registriert, in dem berlinweit 4156 Vorfällen erfasst wurden.

Nachdem in den letzten Jahre viele der in Mitte erfassten Vorfälle im Zusammenhang mit extrem rechten und verschwörungsideologische Demonstrationen standen, nahm die Bedeutung dieses Themenbereichs in diesem Jahr ab. Insbesondere ab dem Sommer gingen die Aktivitäten von Verschwörungsideolog*innen und Reichsbürger*innen in Mitte deutlich zurück. Das Jahr 2023 war eher durch einen Anstieg von LGBTIQ*-feindlichen, antisemitischen und rassistischen Vorfällen geprägt.

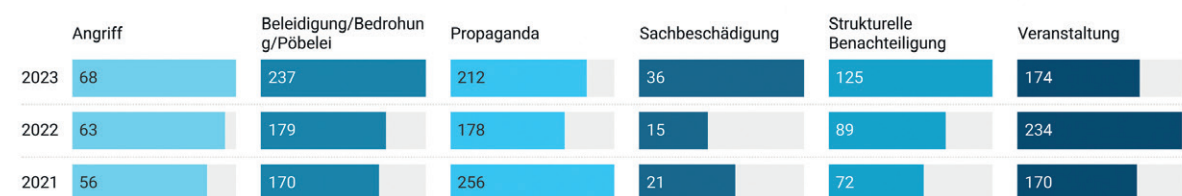
Wie schon im Vorjahr stiegen erneut LGBTIQ*-feindliche Vorfälle besonders stark an. Hier konnten wir erneut beobachten, wie schnell sich enttabuisierte Hetze in extrem rechten Medien und öffentlichen Diskursen in Gewalt niederschlägt. In keiner anderen Motivkategorie war der Anteil der Angriffe so hoch. Die Anzahl der erfassten LGBTIQ*-feindlichen Angriffe hat sich seit 2021 verdreifacht.

Nach den Terrorangriffen der islamistischen Hamas am 07. Oktober 2023 in Israel nahmen auch in Mitte antisemitische Vorfälle drastisch zu. Neben großen Versammlungen, auf denen antisemitische Inhalte verbreitet wurden, gab es in Mitte eine Reihe von antisemitischen Angriffen, Pöbeleien und Sachbeschädigungen.

II.1 Vorfallsart:

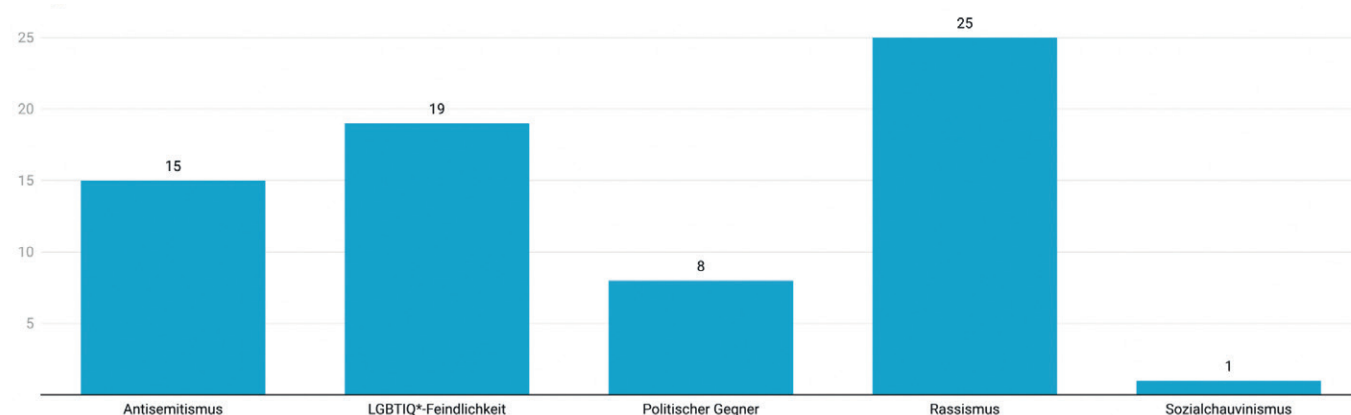


Erstellt mit Datawrapper



Erstellt mit Datawrapper

Angriffe

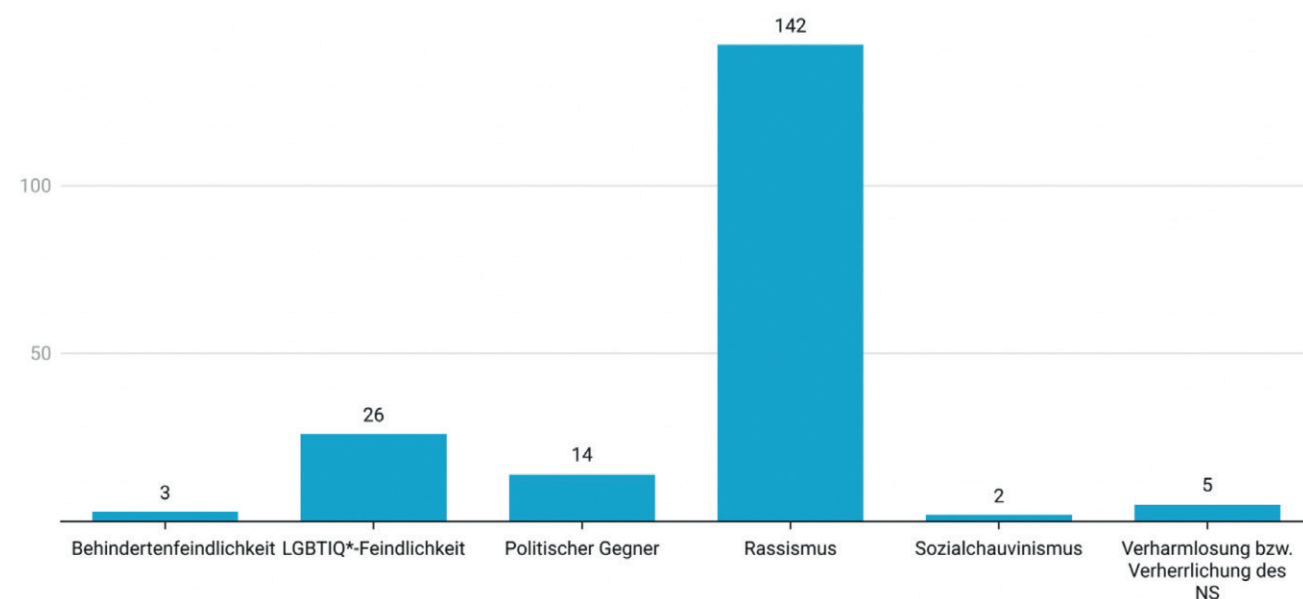


Erstellt mit Datawrapper

Mit **68 Angriffen** verzeichneten wir erneut einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr mit 63 Angriffen. Im Jahr 2021 waren es nur 56 Angriffe. Von den Angriffen waren 15 antisemitisch, 19 LGBTQI*-feindlich, 15 allgemein rassistisch, vier anti-Schwarz rassistisch, 6 antimuslimisch rassistisch und einer sozialchauvinistisch motiviert. Acht Angriffe richteten sich gegen politischer Gegner*innen der extremen Rechten. Es gab einen starken Anstieg bei den antisemitischen, LGBTQI*-feindlichen und antimuslimisch rassistischen Angriffen. Einen massiven Rückgang gab es vor allem bei Angriffen auf politischer Gegner*innen der extremen Rechten.

Diese Angriffe ereigneten sich in den Vorjahren vor allem im Umfeld von Kundgebungen und Demonstrationen der extremen Rechten. Mit dem verringerten Demonstrationenaufkommen ging von diesen auch weniger Gewalt aus. Nach 17 Angriffen im Umfeld von Versammlungen im letzten Jahr, waren es 2023 nur noch 11 Angriffe. 19 Angriffe fanden im ÖPNV statt. Dabei bildeten der Alexanderplatz mit zehn und der Bahnhof Gesundbrunnen mit drei Angriffen örtliche Schwerpunkte. Wir registrieren 3 Angriffe auf Kinder sowie einen auf Jugendliche.

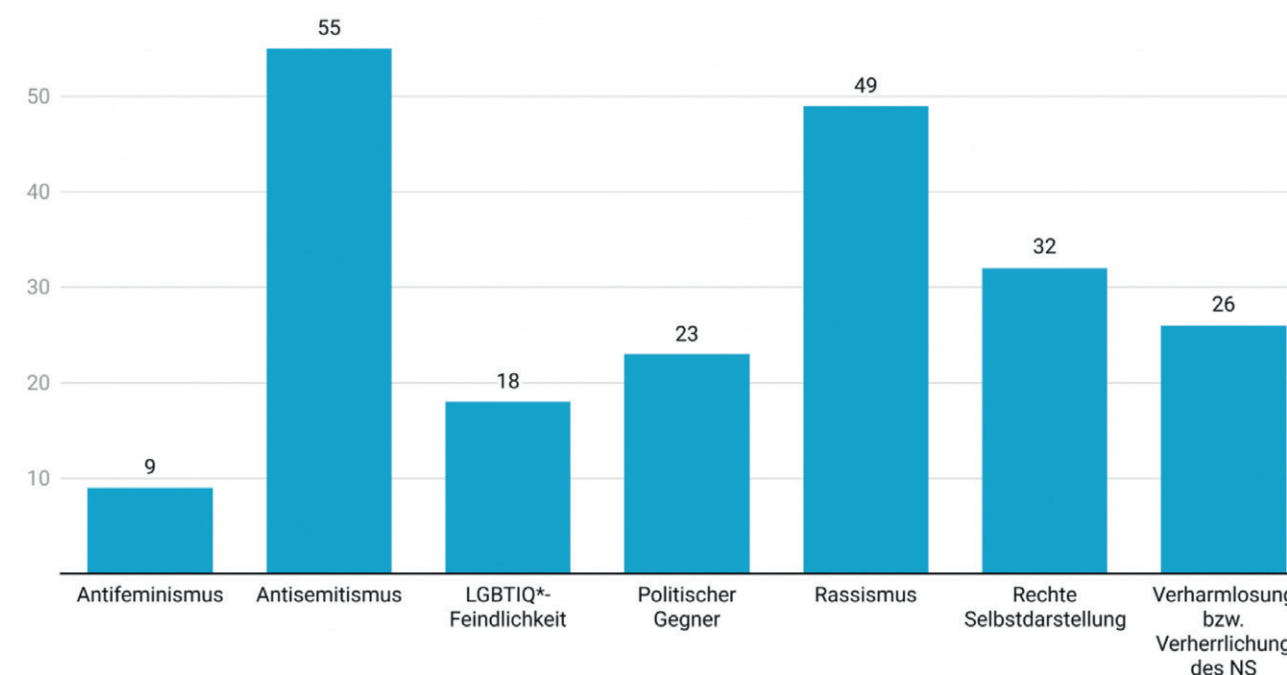
Bedrohungen, Beleidigungen, Pöbeleien



Mit **237 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien** wurde nach 179 im Jahr 2022 und 170 im Jahr 2021 ein neuer Höchststand erreicht. Von diesen Übergriffen waren 36 antisemitisch, drei behindertenfeindlich, 26 LGBTQI*-feindlich, 45 allgemein rassistisch, 36 anti-Schwarz rassistisch, 53 anti-muslimisch rassistisch und fünf NS-relativierend/verharmlosend. 14 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien richteten sich gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten. Das Register Mitte registrierte 27 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien im Umfeld von Kundgebungen und Demonstrationen.

Dabei waren in fünf Fällen Journalist*innen das Ziel. Es kam aber auch zu Übergriffen auf Gegendemonstrant*innen oder Passant*innen. Uns wurden neun Vorfälle gemeldet, bei denen Betroffene an ihrem Arbeitsplatz bedroht, beleidigt oder angepöbelt wurden. 63 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien ereigneten sich im ÖPNV. Davon waren 21 antimuslimisch-rassistisch motiviert. Wir registrierten 10 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien, die sich gegen Kinder richteten.

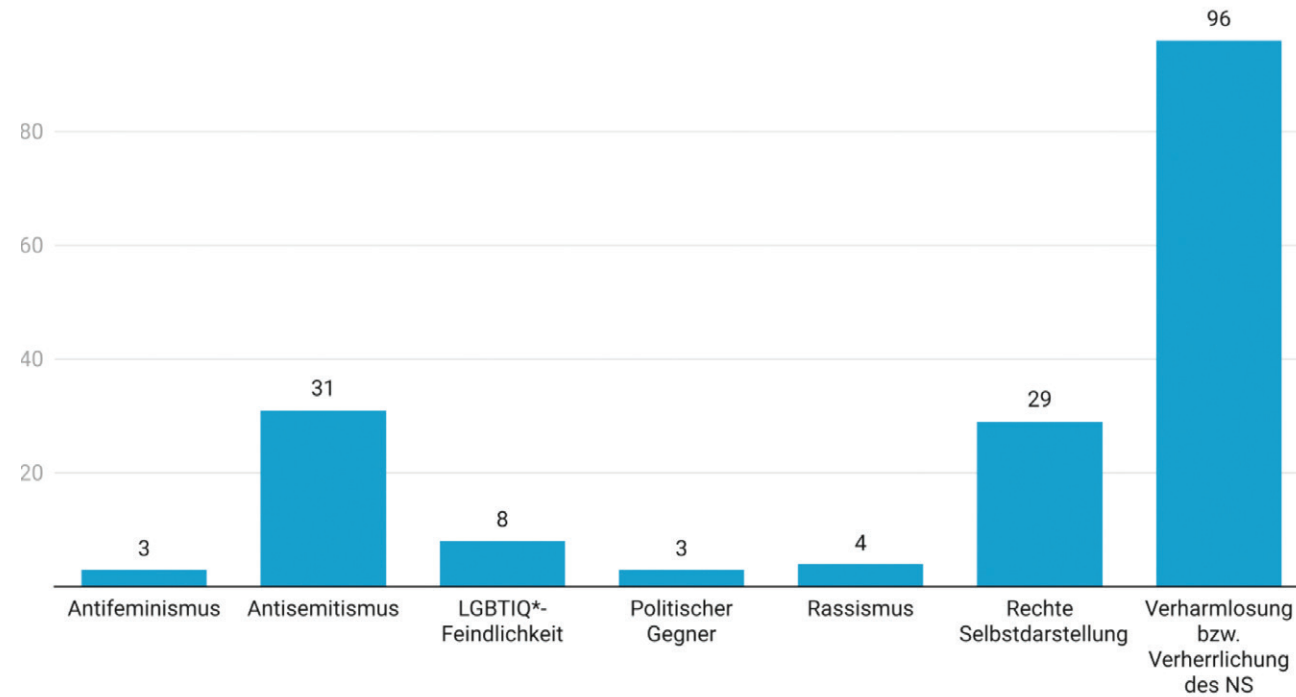
Propaganda



Nach einem starken Rückgang auf 178 Vorfälle im Jahr 2022 verzeichneten wir 2023 wieder einen Anstieg auf **212 Vorfälle** in der Kategorie Propaganda. Den Höchststand erreichte diese Kategorie im Jahr 2021 mit 256 Vorfällen. Das häufigste Motiv bei Propagandavorfällen war Antisemitismus mit 55 gemeldeten Vorfällen, gefolgt von rechter Selbstdarstellung mit 32 Vorfällen. Auch NS-Verharmlosung/

Relativierung (26), Propaganda gegen politische Gegner*innen (23), allgemein rassistische (28) sowie antimuslimisch rassistische (18) und LGBTQI*-feindliche (18) Propagandavorfälle kamen häufig vor. Der Zuwachs ist in erster Linie auf mehr antisemitische und LGBTQI*-feindliche Propaganda zurückzuführen.

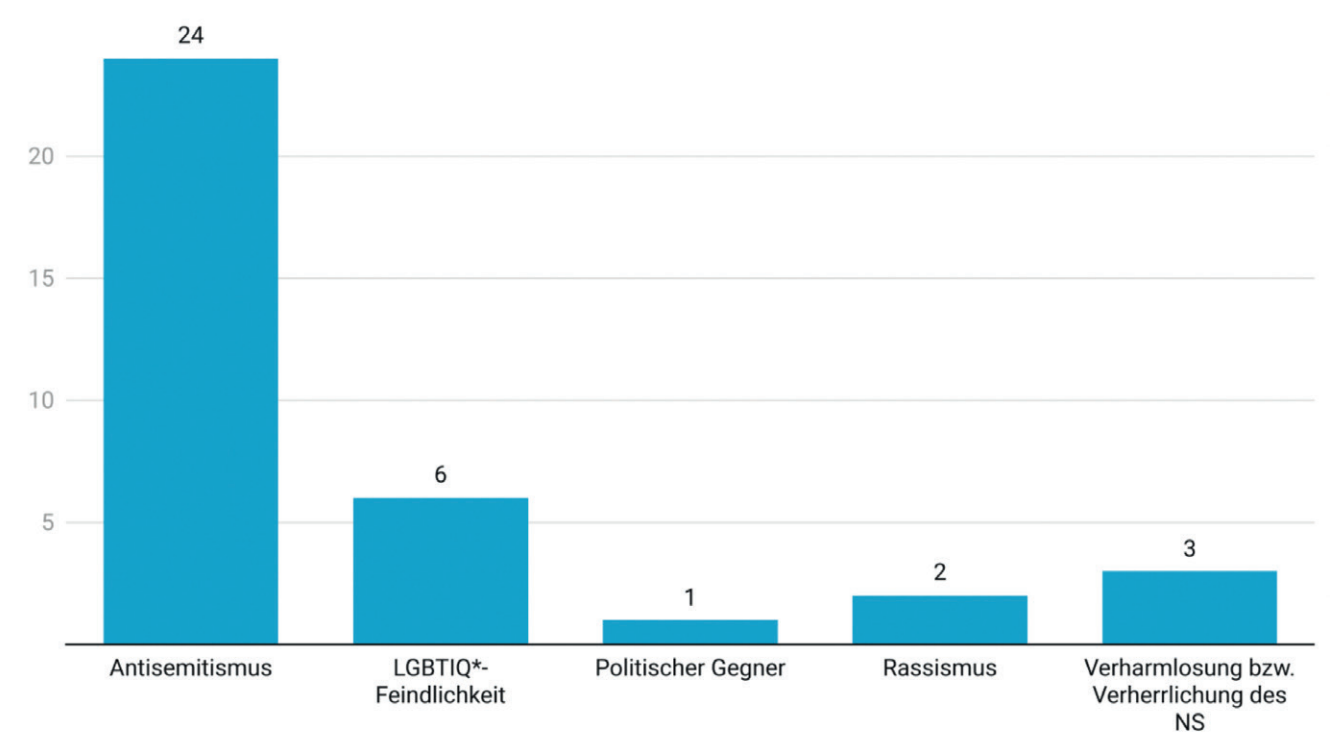
Veranstaltungen



Wir registrieren 2023 mit 174 Veranstaltungen ein Viertel weniger als im Jahr 2022 (234). Dies ist insbesondere auf ein verringertes Mobilisierungspotential der verschwörungsideologischen Szene zurückzuführen. Das Hauptthema dieser Gruppen war in den vergangenen Jahren Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Der Versuch aus organisierenden Teilen des verschwörungsideologischen Spektrums mit einem Themewechsel hin zum Krieg in der Ukraine neue Personengruppen zu erreichen, gelang nur in geringem Maße. Dennoch war ein Großteil der von uns registrierten Demonstrationen verschwörungsideologischen und Reichsbürger*innengruppen zuzuordnen. Wir registrierten 116 Demonstrationen mit Verschwörungs-Bezug, 83 zum Thema Ukraine-Konflikt, 78 mit Beteiligung von Reichsbürger*innen, 62 in denen die Corona-Pandemie weiterhin eine Rolle spielte und "nur" 28 mit Bezug zum Nahostkonflikt. Dennoch hatten letztere ein deutlich höheres Mobilisierungspotential. Während Demonstrationen zum

Nahostkonflikt, auf denen vor allem Antisemitismus verbreitet wurde, häufig mehrere Tausend Teilnehmende hatten, konnten beispielsweise Reichsbürger*innengruppen selten mehr als 30 und meist nur 10 Teilnehmende mobilisieren. Die vielen kleinen Veranstaltungen von Verschwörungsgläubigen und Reichsbürger*innen hatten überwiegend keinen klaren thematischen Bezug. Auch auf "Friedensmahnwachen", die als Demonstrationen gegen Waffenlieferungen in die Ukraine angemeldet wurden, spielten Themen wie Klimawandelleugnung, die Corona-Pandemie und rassistische und LGBTIQ*-feindliche Hetze eine Rolle. Ab dem Sommer nahmen die Aktivitäten der verschwörungsideologischen Szene weiter ab. Nach dem antisemitischen Massaker am 07.10.2023 registrierten wir jedoch 28 Demonstrationen mit Bezug zum Nahost-Konflikt. Diese hatten zum Teil mehrere Tausend Teilnehmende und gingen mit einer Reihe von anderen vor allem antisemitischen Vorfällen einher.

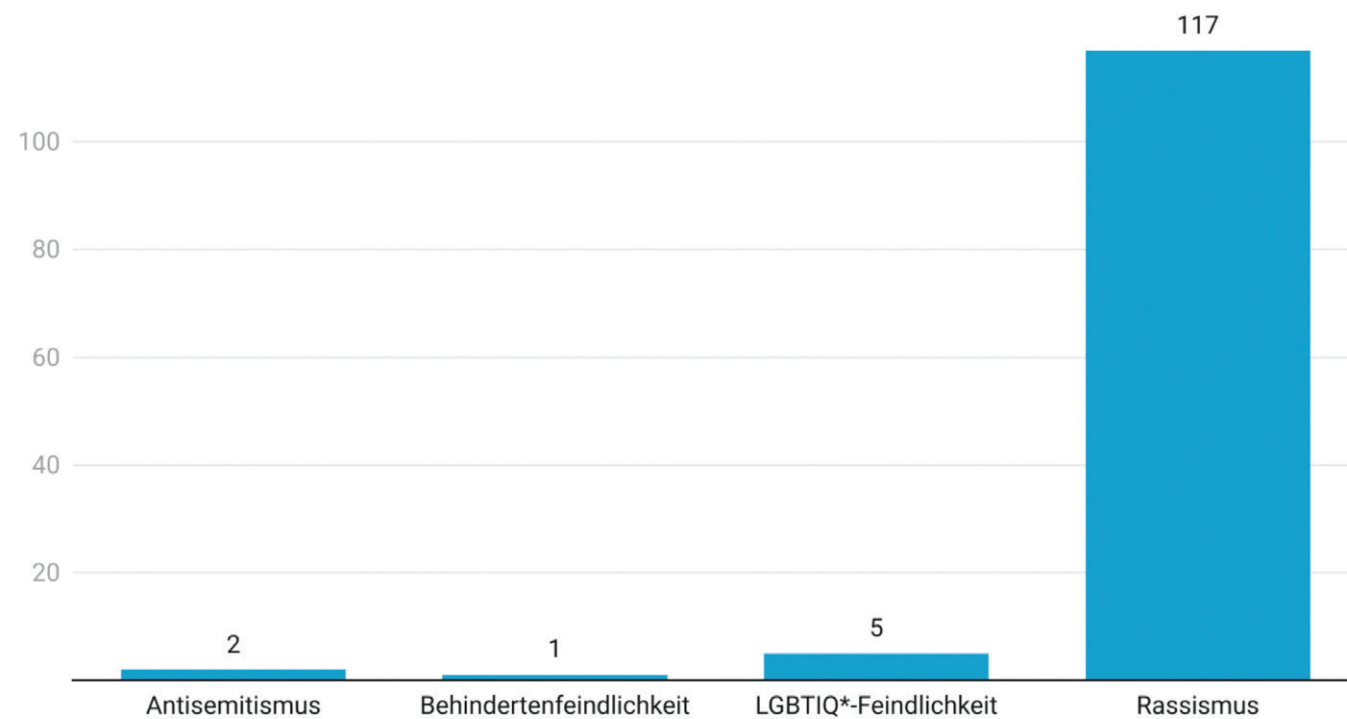
Sachbeschädigung



Bei Sachbeschädigungen konnten wir einen starken Anstieg auf **36 Vorfälle** beobachten. Der Anstieg ist vor allem auf antisemitische Sachbeschädigungen nach dem 07.10.2023 und auf eine generelle Zunahme LGBTIQ*-feindlicher Sachbeschädigungen zurückzuführen. Die meisten Sachbeschädigungen (24) hatten einen antisemitischen Hintergrund. Wir verzeichneten sechs LGBTIQ*-feindliche, zwei antiziganistische, drei NS-verharmlosende/relativierende Sachbeschädigungen und eine Sachbeschädigung, die sich gegen politische Gegner*innen der extremen

Rechten richtete. Es wurden zehnmal Gedenkkarte beschädigt. Das Schwule Museum war dreimal von Sachbeschädigungen betroffen, darunter war ein Vorfall, bei dem Unbekannte nachts auf das Museum schossen. Nach dem 07.10.2023 wurden verschiedene Orte in Mitte, die von Täter*innen mit dem Judentum oder dem Staat Israel in Verbindung gebracht wurden, beschädigt. Darunter waren Flaggen, Gedenkkarte, öffentliche Ausstellungen, Chanukka-Leuchter und das Jüdische Krankenhaus in Wedding.

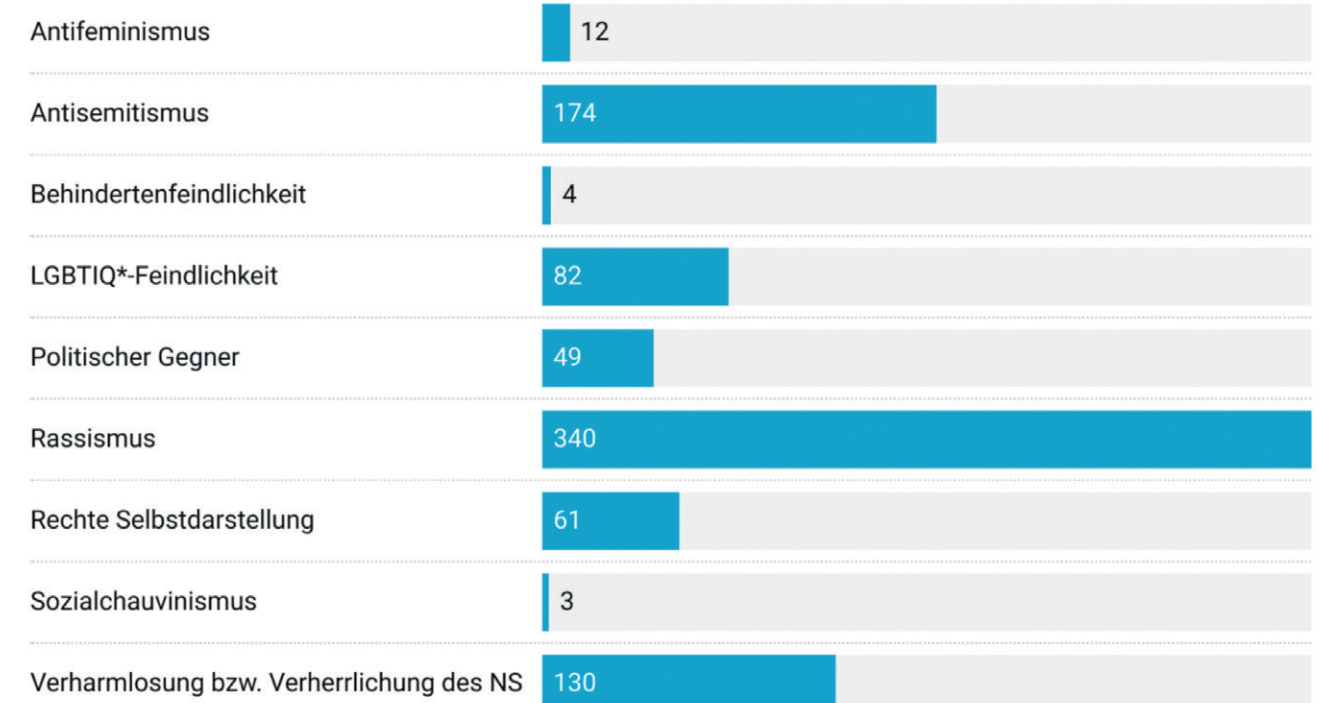
Strukturelle Benachteiligung



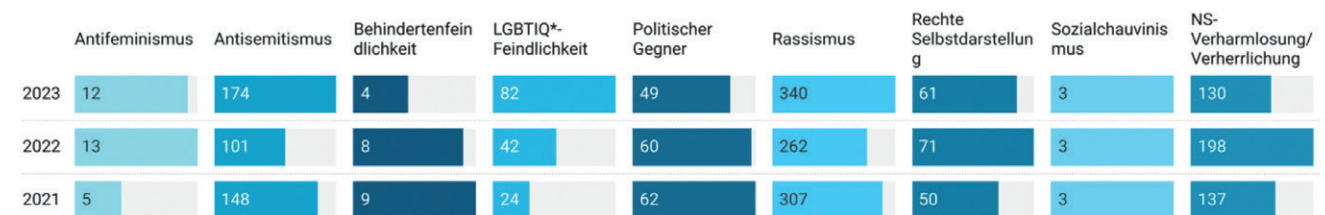
Mit **125 erfassten strukturellen Benachteiligungen** wurde der **Höchststand** von 2022 übertroffen. Die meisten der Vorfälle in dieser Kategorie wurden uns von Kooperationspartner*innen übermittelt. Der starke Anstieg von noch 28 Vorfällen im Jahr 2020 auf nun 125 strukturelle Benachteiligungen lässt sich also in erster Linie mit besserer Netzwerkarbeit erklären. In dieser Kategorie erfassten wir Vorfälle wie Leistungsverweigerungen und Diskriminierungen an Schulen, in Behörden, bei der Arbeit oder bei der Wohnungssuche. Wir erfassten zwei antisemitische, eine behindertenfeindliche, fünf LGBTQI*-feindliche, 80 anti-Schwarz rassistische, neun anti-muslimisch rassistische, sieben antiziganistische sowie 21 weitere rassistische Vorfälle. Wie bereits im Vorjahr ist ein erheblicher Teil der Betroffenen in dieser Kategorie aus der Ukraine geflohen und besonders von Diskriminierungen betroffen waren afrikanische

Drittstaatsangehörige. Wir erfassten 53 strukturelle Benachteiligungen mit einem Bezug zum Ukraine-Konflikt. 2022 erreichten uns viele Vorfälle vom Ankunftszentrum am Hauptbahnhof und dem Landesamt für Einwanderung. Obwohl das Ankunftszentrum nach Tegel verlegt wurde, registrierten wir mehr Vorfälle mit Ukraine-Bezug. Diese erreichten uns vor allem im Sommer, als die Aufenthaltsgenehmigungen vieler sogenannter "Drittstaatsangehöriger" ausliefen und das Landesamt für Einwanderung mit der Erneuerung überfordert war. Insgesamt registrierten wir 38 Vorfälle beim Landesamt für Einwanderung. Diese Meldungen erreichten uns aus verschiedenen diasporischen Communities und Unterstützer*innen-netzwerken. 25 Vorfälle von struktureller Benachteiligung geschahen in Bildungseinrichtungen und Schulen, zehn Vorfälle am Arbeitsplatz.

II.II Vorfallsmotiv

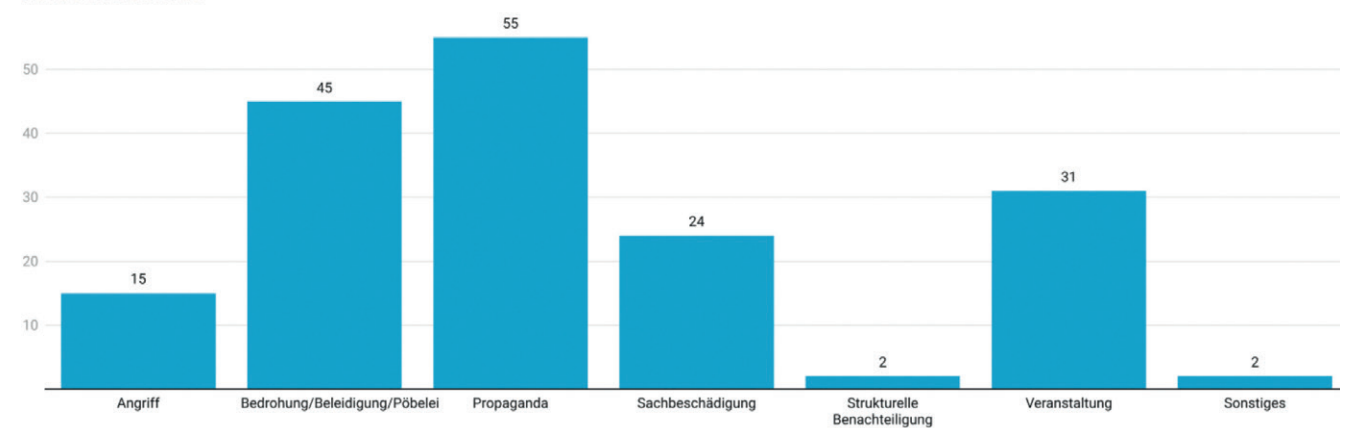


Erstellt mit Datawrapper



Erstellt mit Datawrapper

Antisemitismus



Erstellt mit Datawrapper

In der Kategorie Antisemitismus registrierten wir einen massiven Anstieg von 101 Vorfällen im Jahr 2022 auf **174 Vorfälle** im Jahr 2023. Der Großteil der im Jahr 2023 erfassten antisemitischen Vorfälle geschah nach dem 07. Oktober 2023. Wir erfassten insgesamt 15 antisemitische Angriffe und 45 antisemitische Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien. Antisemitische Angriffe, Sachbeschädigungen und Versammlungen haben sich gegenüber dem Vorjahr jeweils mehr als verdoppelt. Antisemitische Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien stiegen um 87 % an. Bei Propaganda mit antisemitischen Inhalten betrug die Steigerung 25 %.

Von 174 antisemitische Vorfällen hatten 104 einen Bezug zum Nahost-Konflikt. Davon fanden nahezu alle nach dem 07.10.2023 statt. Von den 122 antisemitischen Vorfällen nach dem 07.10. konnten wir bei nur noch 28 von ihnen keinen Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt feststellen, was jedoch nicht heißen muss, dass bei diesen allen ein Zusammenhang auszuschließen ist.. Bereits während des Massakers in Israel, tanzten junge Menschen am Hauptbahnhof und riefen "Palestine will be free; From the River to the Sea" und negierten damit ein Existenzrecht Israels. Vom 07.10. bis zum Ende des Jahres waren 40 % aller von uns erfassten Vorfälle antisemitisch motiviert. In diesem Zeitraum registrierten wir 25 Demonstrationen, auf denen Antisemitismus verbreitet wurde. Davon hatte sechs Demonstrationen über 1000 Teilnehmende. Neben Schildern und Parolen, die Israel das Existenzrecht absprachen, erfassten wir vor allem Gleichsetzungen des israelischen Staats mit dem NS-Regime und Parolen und Schilder, auf welchen der israelische Militäreinsatz im Gazastreifen mit dem Holocaust verglichen wurde. Auch Parolen und Plakate mit Bezügen zu antisemitischen Ritual- und Kindermordlegenden und antisemitischen Weltverschwörungsphantasmen wurden erfasst. Von diesen Demonstrationen ging mehrfach Gewalt aus. Diese traf vor allem Journalist*innen, welche die Demonstrationen begleiteten und an ihrer Berichterstattung gehindert werden sollten. Auch wurden Gegendemonstrant*innen und Journalist*innen mehrfach antisemitisch beleidigt. Von insgesamt 15 antisemitischen Angriffen im Jahr 2023 fanden 11 nach dem 07.10. statt. Unter diesen Angriffen war ein

Brandanschlag auf ein jüdisches Gemeindezentrum. Am 18.10.2023 wurden zwei Brandsätze auf das Gebäude geworfen, in dem sich neben einer Synagoge auch eine Schule und ein Kindergarten befinden. Am selben Tag, noch während die Polizei vor Ort war, rief ein Mann antisemitische Parolen vor dem Gemeindezentrum. 21 antisemitische Sachbeschädigungen wurden uns in diesem Zeitraum gemeldet. Mehrfach versuchten Personen israelische Flaggen von Mästen zu reißen oder noch am Mast hängend in Brand zu stecken. Eine Ausstellung über die Geschichte des Krankenhauses Moabit und speziell seiner jüdischen Angestellten sowie den Widerstand gegen die Nationalsozialisten an diesem Krankenhaus wurde durch einen Brand vollständig zerstört. Das Jüdische Krankenhaus in Gesundbrunnen wurde mit Steinen beworfen.

Antifeminismus

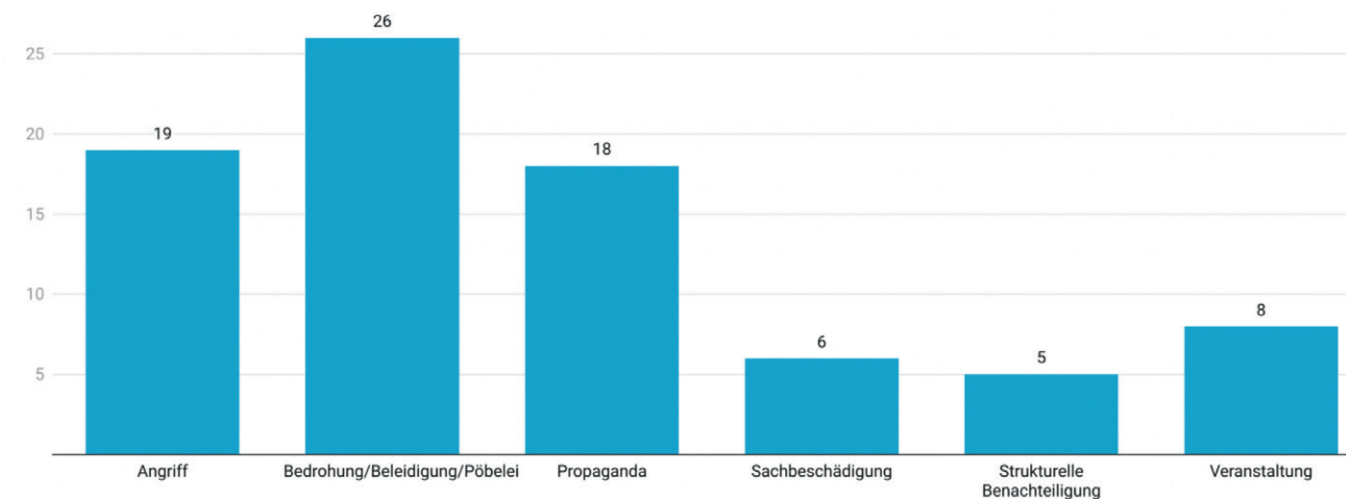
In der Kategorie Antifeminismus erfassten wir 12 Vorfälle. Im Jahr 2022 waren es 13. Wir registrierten neunmal antifeministische Propaganda und drei antifeministische Versammlungen. Die Propaganda richtete sich meist gegen geschlechtergerechte Sprache. Bei den Versammlungen war vor allem der jährlich stattfindende "Marsch fürs Leben" relevant. Bei diesem zogen 2023 etwa 3000 Abtreibungsgegner*innen durch den Bezirk. Wie in den Vorjahren wurden dabei auch wieder die Schoah und die NS-Euthanasie relativierende Vergleiche verbreitet.

LGBTIQ*-feindliche Propaganda-Aktion 18.10.2023 Bezirk: Mitte

Ein LKW des LGBTIQ*-feindlichen und rechtspopulistischen Aktionsbündnisses „DemoFürAlle“ fuhr in den letzten Tagen mit einer großen LED-Wand durch Berlin, auf der zu lesen war: "Nein zum 'Selbstbestimmungsgesetz'! Sag's Deinem Abgeordneten!". Auf dem Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor machte der LKW einen längeren Halt, um dort seine transfeindliche Propaganda zu verbreiten. Die Propaganda-Aktion wurde anschließend auf den Social Media- Kanälen der „DemoFürAlle“ weiter verbreitet.

Quelle: Amadeu Antonio Stiftung/
Meldestelle Antifeminismus

LGBTIQ*-Feindlichkeit



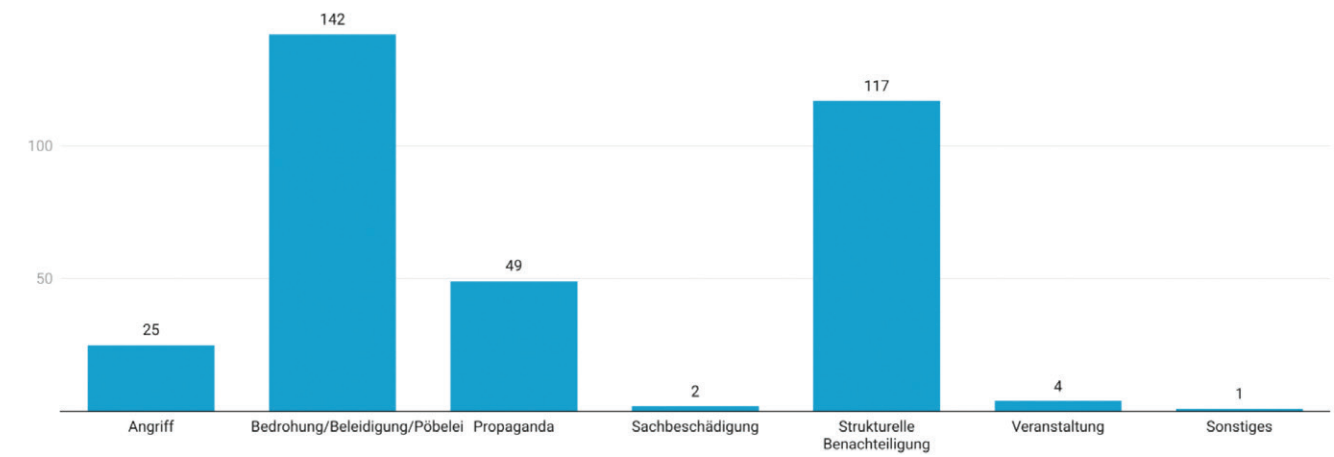
Im Jahr 2023 registrierten wir 82 LGBTIQ*-feindliche Vorfälle. Dies ist ein neuer Höchststand nach 42 Vorfällen im Jahr 2022 und 24 Vorfällen im Jahr 2021. Bei den LGBTIQ*-feindlichen Angriffen verzeichneten wir einen Anstieg auf 19 Vorfälle im Jahr 2023, nach 14 Angriffen im Jahr 2022. Die LGBTIQ*-feindlichen Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien stiegen von 17 im Jahr 2022 auf 26 im Jahr 2023. Wir registrierten 18 Propagandavorfälle, sechs Sachbeschädigungen, fünf strukturelle Benachteiligungen sowie acht Veranstaltungen. Die LGBTIQ*-feindlichen Sachbeschädigungen konzentrierten sich auf den Ortsteil Tiergarten. Das Ziel war dabei mehrfach das Schwule Museum. Am 24.02.2023 schossen Unbekannte nachts auf das Museum. Am 30.03. wurde das Museum durch zwei Jugendliche mit einem Feuerlöscher besprüht. Auch das Denkmal für die erste homosexuelle Emanzipationsbewegung in Moabit und das Mahnmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen im Tiergarten wurden wie schon mehrfach in den Vorjahren erneut beschädigt. Von den LGBTIQ*-feindlichen Veranstaltungen waren drei dem transfeindlichen Spektrum der Frauenbewegung zuzurechnen und richteten sich gegen das geplante Selbstbestimmungsgesetz, welches u.a. Änderungen des Geschlechtseintrags erleichtern soll. Drei Demonstrationen wurden von

Verschwörungsgläubigen und Reichsbürger*innen veranstaltet und verbreiteten neben LGBTIQ*-feindlichen Inhalten eine große Bandbreite anderer extrem rechter Themen. Eine Demonstration wurde von der Neonazi-Kleinpartei "Der III. Weg" veranstaltet und verband LGBTIQ*-Feindlichkeit mit dem Mythos vom angeblichen deutschen "Volkstod"..

Wie bereits im letzten Jahr war der CSD am 22.07.2023 ein Schwerpunkt bei den LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen. Auf dem und um den CSD registrierten wir zwei Angriffe, vier Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien und eine Veranstaltung. In einem Fall wurden Teilnehmende des CSD von Sicherheitsmitarbeitenden eines Wagens angegriffen. In zwei Fällen wurden Personen auf dem CSD von queerfeindlichen Personen angepöbelt. Zeitgleich zum CSD zog eine Gruppe von etwa 35 Neonazis aus dem Umfeld der Partei "Der III. Weg" vom Alexanderplatz zur Straße Unter den Linden und bedrohte dabei Personen, die sie als queer wahrnahmen, mit Glasflaschen. Neonazis aus dem Umfeld des "III. Wegs" hielten am selben Tag eine Demonstration am Alexanderplatz ab und enthüllten am Fernsehturm ein Transparent mit der Aufschrift "Homo = Volkstod".

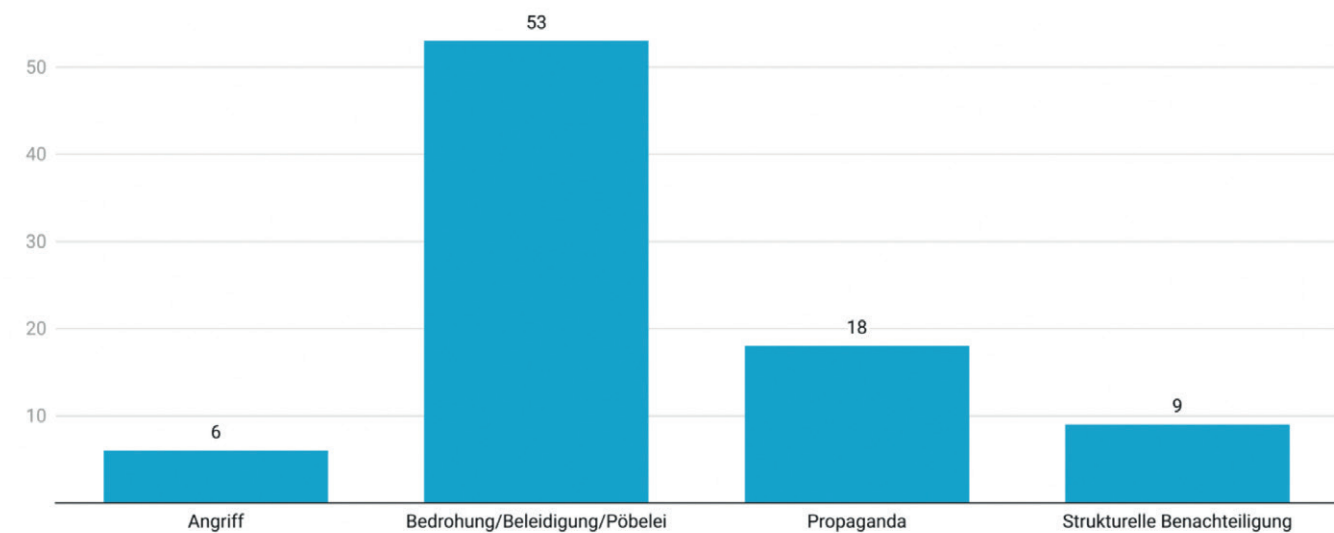


Rassismus



Nach einem starken Rückgang im Vorjahr auf 262 wurden im Jahr 2023 insgesamt **340 rassistische Vorfälle** registriert. Dies ist vor allem auf einen Anstieg von rassistischen Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien sowie rassistische strukturelle Benachteiligungen zurückzuführen. Auch stiegen anti-Schwarz rassistische und antimuslimisch rassistische Vorfälle an. Insgesamt erfassten wir 25 Angriffe, 142 Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien, 49 Propagandavorfälle, zwei Sachbeschädigungen, 117 strukturelle Benachteiligungen und vier Veranstaltungen in den verschiedenen Rassismus-Kategorien.

Antimuslimischer Rassismus

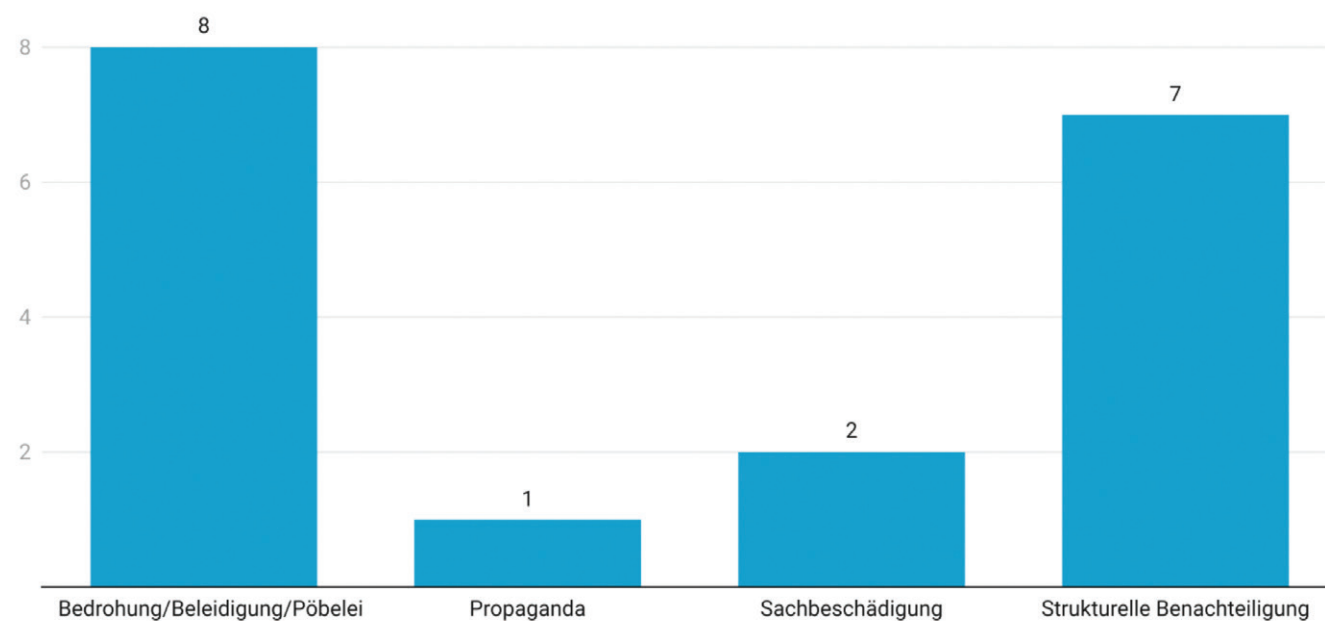


Die Anzahl der erfassten antimuslimisch - rassistischen Vorfälle stieg von 48 Vorfällen im Jahr 2022 auf 86 Vorfälle im Jahr 2023. In dieser Kategorie registrierten wir sechs Angriffe, nachdem wir im Jahr 2022 keinen Angriff registriert hatten. Auch bei den Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien verzeichneten wir einen Anstieg um 165 % auf 53 Vorfälle im Jahr 2023 nach 20 Vorfällen im Jahr 2022. Außerdem registrieren wir 18 Propagandavorfälle und neun strukturelle Benachteiligungen. Der starke Anstieg ist vermutlich auf bessere Netzwerkarbeit und mehr Meldungen von unseren Kooperationspartner*innen zurückzuführen. Bei antimuslimisch-rassistischen Angriffen und Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien gab es auffallend deutlich mehr Frauen sowohl unter den Betroffenen als auch den Täter*innen. Bei 80 % der Angriffe und bei 98 % der Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien in dieser Kategorie waren Frauen betroffen. Bei den Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien stellten Frauen auch die Mehrheit der Täter*innen.

Anti-Schwarzer Rassismus

Wir erfassten **124 Anti-Schwarze rassistische Vorfälle** im Jahr 2023 nach 89 Vorfällen im Jahr 2022. Dabei handelte es sich um vier Angriffe, 36 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien, zwei Propagandavorfälle, 80 strukturelle Benachteiligungen und eine Veranstaltung. Bei den Angriffen und Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien waren bei sieben Vorfällen Kinder betroffen. 12 der Übergriffe fanden im ÖPNV statt. Bei 56 anti-Schwarzen rassistischen Vorfällen waren Personen betroffen, die vor dem Krieg aus der Ukraine fliehen mussten. Dies ist in erster Linie auf die gute Kooperation mit verschiedenen Initiativen und Beratungsstellen, welche sogenannte "Drittstaatsangehörige" unterstützten, zurückzuführen. Dies erklärt auch die auffallend hohe Zahl von Vorfällen, die in Behörden stattfanden (50). Davon betrafen 34 das Landesamt für Einwanderung. Wie bereits im Abschnitt zu strukturellen Benachteiligungen beschrieben, vielen diese häufig in den Zeitraum im August, in dem bei vielen aus der Ukraine geflohenen Personen die Aufenthaltserlaubnis ausgelaufen war. Das Landesamt für Einwanderung war mit den vielen Anfragen überfordert. Dabei gingen die Benachteiligungen nicht nur von Mitarbeitenden des Landesamts für Einwanderung, sondern auch von den Mitarbeitenden von dort agierenden Sicherheitsfirmen aus. Die Probleme am Landesamt für Einwanderung wurden uns aus verschiedenen Communities und Unterstützungsnetzwerken gemeldet.

Antiziganismus



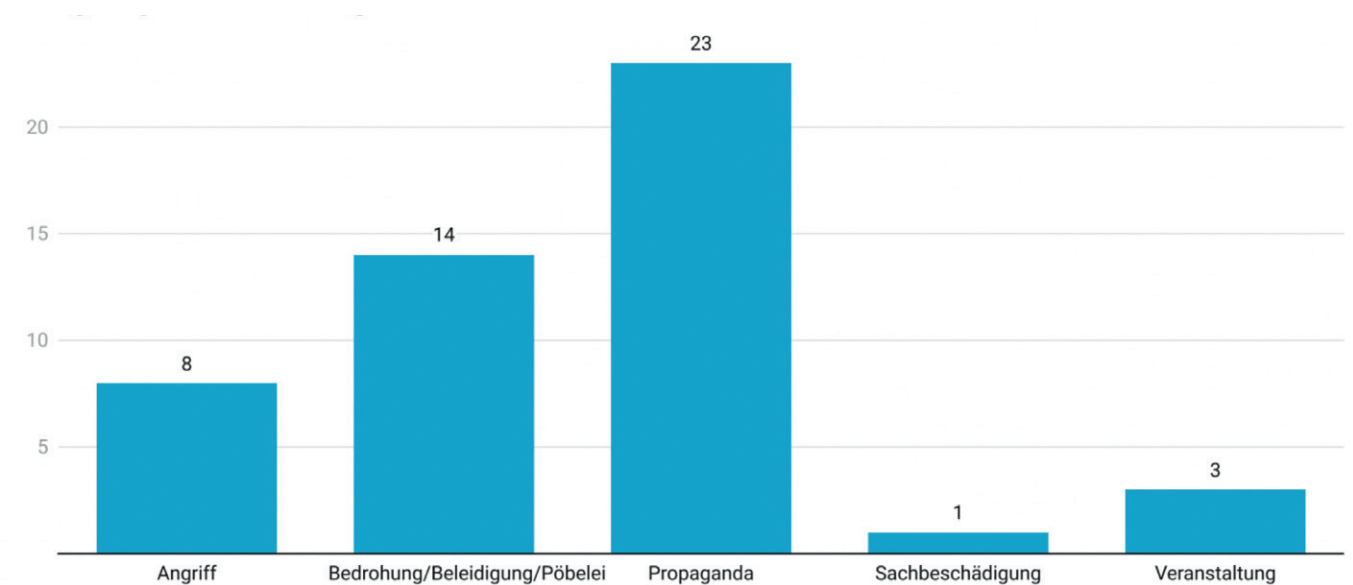
Nachdem wir im Jahr 2022 noch 43 antiziganistische Vorfälle registriert hatten, waren es 2023 nur noch 18. Wir erfassten acht Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien, einen Propagandavorfall, zwei Sachbeschädigungen und sieben strukturelle Benachteiligungen. Fünf der Vorfälle ereigneten sich beim Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma Europas. Der Rückgang ist in diesem Jahr vor allem auf den Wegfall des Ankunftscenters am Hauptbahnhof zurückzuführen. Die 18 erfassten Vorfälle entsprechen in etwa dem Niveau vor dem Beginn des Krieges in der Ukraine.

Wir registrierten in diesem Jahr 14 Vorfälle von antisiasiischem Rassismus nach elf Vorfällen im Jahr 2022. Dabei handelte es sich um acht Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien und sechs strukturelle Benachteiligungen. Wie bereits im letzten Jahr waren häufig Personen betroffen, die vor dem Krieg aus der Ukraine fliehen mussten. Drei Vorfälle hatten einen Bezug zum Landesamt für Einwanderung. Diese fanden im August im bereits im Abschnitt zu anti-Schwarzem Rassismus beschriebenen Kontext statt. Diese Vorfälle wurden von Unterstützungsnetzwerken für vietnamesische Geflüchtete aus der Ukraine aus den vietnamesischen Communities in Berlin gemeldet.

Behindertenfeindlichkeit

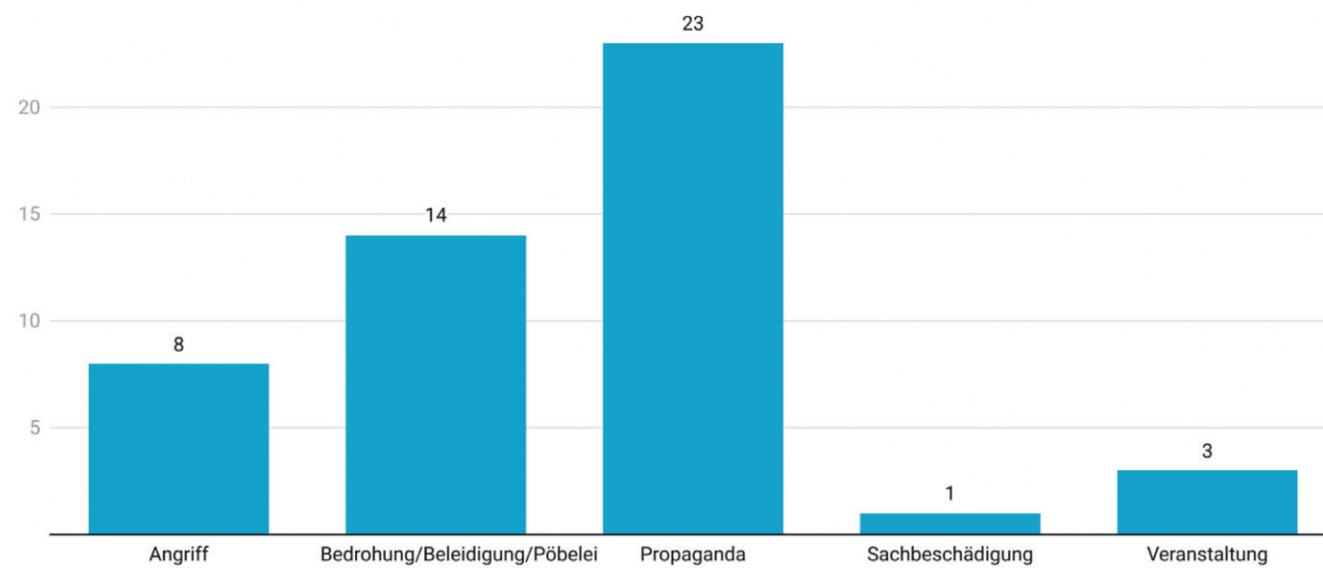
Wir registrierten vier behindertenfeindliche Vorfälle. Im Jahr 2022 waren es noch acht Vorfälle. Bei diesen Vorfällen handelte es sich um drei Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien sowie eine strukturelle Benachteiligung. Zwei Vorfälle ereigneten sich im ÖPNV, einer in einer Schule. Durch die geringe Anzahl von Vorfällen und den vermutlich niedrigen Erfassungsgrad lässt sich wenig über die tatsächliche Entwicklung im Bezirk Mitte sagen.

Gegen politische Gegner*innen



Bei Vorfällen gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten verzeichneten wir erneut einen Rückgang von 60 Vorfällen im Jahr 2022 auf 49 im Jahr 2023. Wir registrierten acht Angriffe, 14 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien, 23 Propagandavorfälle, eine Sachbeschädigung und drei Veranstaltungen. Vier Angriffe und fünf Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien richteten sich gegen Journalist*innen, welche extrem rechte Versammlungen begleiteten.

NS-Relativierung/Verharmlosung



Den größten Rückgang bei allen Motivkategorien verzeichneten wir in der Kategorie NS-Verharmlosung/NS-Relativierung. Nach 198 Vorfällen im Jahr 2022 erfassten wir nur noch 130 Vorfälle im Jahr 2023. Dabei handelte es sich um fünf Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien, 26 Propagandavorfälle, drei Sachbeschädigungen und 96 Veranstaltungen. Mit dem Wegfall der Corona-Pandemie als Mobilisierungsfaktor nahmen die Aktivitäten des verschwörungsideologischen Milieus und der Reichsbürger*innenszene deutlich ab. Von diesen ging in der Vergangenheit der Großteil der Vorfälle in dieser Kategorie aus. In diese Kategorie vielen die vier "Hitlergrüße", die wir registrierten. Propagandavorfälle in dieser Kategorie beinhalteten häufig Runensymbolik. Bei 12 der Vorfälle handelte es sich um Hakenkreuze.

Rechte Selbstdarstellung

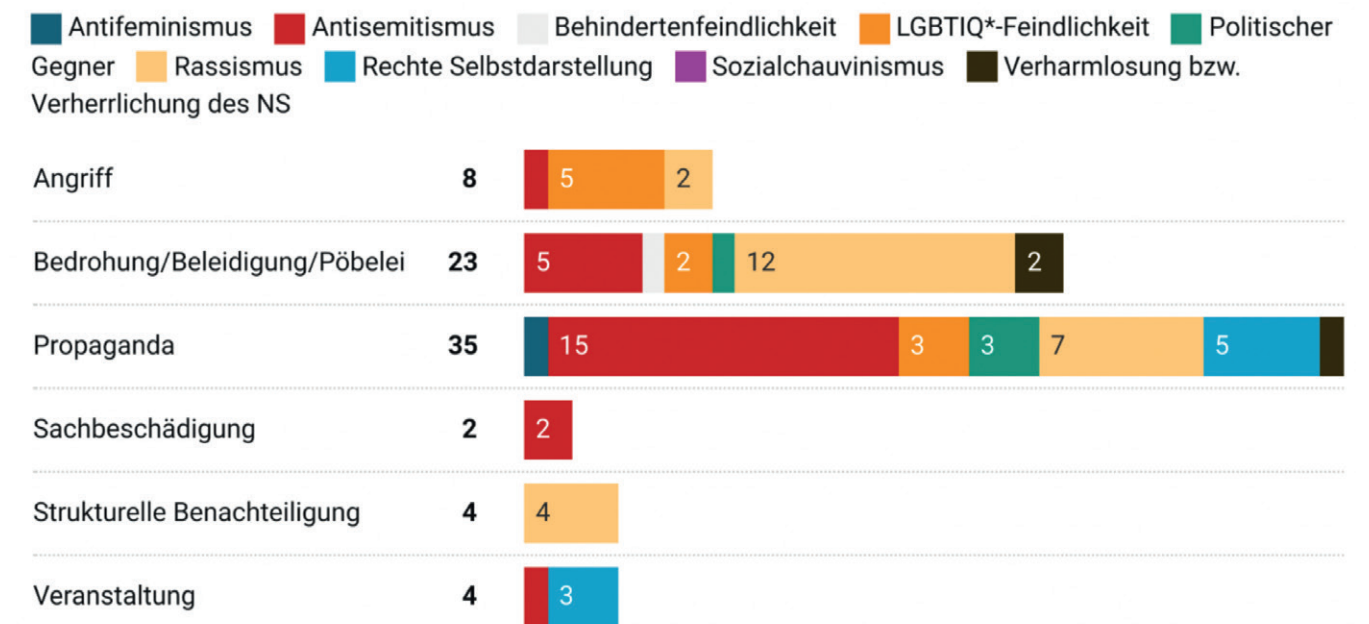
Die Anzahl der Vorfälle von rechter Selbstdarstellung sank auf 61 im Jahr 2023, nach 71 Vorfällen in dieser Kategorie im Jahr 2022. Wir erfassten 32 Propagandavorfälle und 29 Versammlungen. Die meisten Propagandavorfälle in dieser Kategorie waren Aufkleber mit dem Logo oder anderen Erkennungszeichen von extrem rechten Gruppen. Die Veranstaltungen in dieser Kategorie waren häufig der verschwörungsideologischen Szene zuzurechnen und hatten einen Bezug zum Ukraine-Krieg. Andere Veranstaltungen wurden von extrem rechten Gruppen organisiert, eher nach innen gerichtet und thematisch nicht klar umrissen.

Sozialchauvinismus

Wir erfassten drei sozialchauvinistische Vorfälle. Alle drei richteten sich gegen wohnungslose Menschen. Wir registrierten einen Angriff und zwei Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien. Durch die geringe Anzahl von Vorfällen und den vermutlich niedrigen Erfassungsgrad lässt sich wenig über die tatsächliche Entwicklung im Bezirk Mitte sagen.

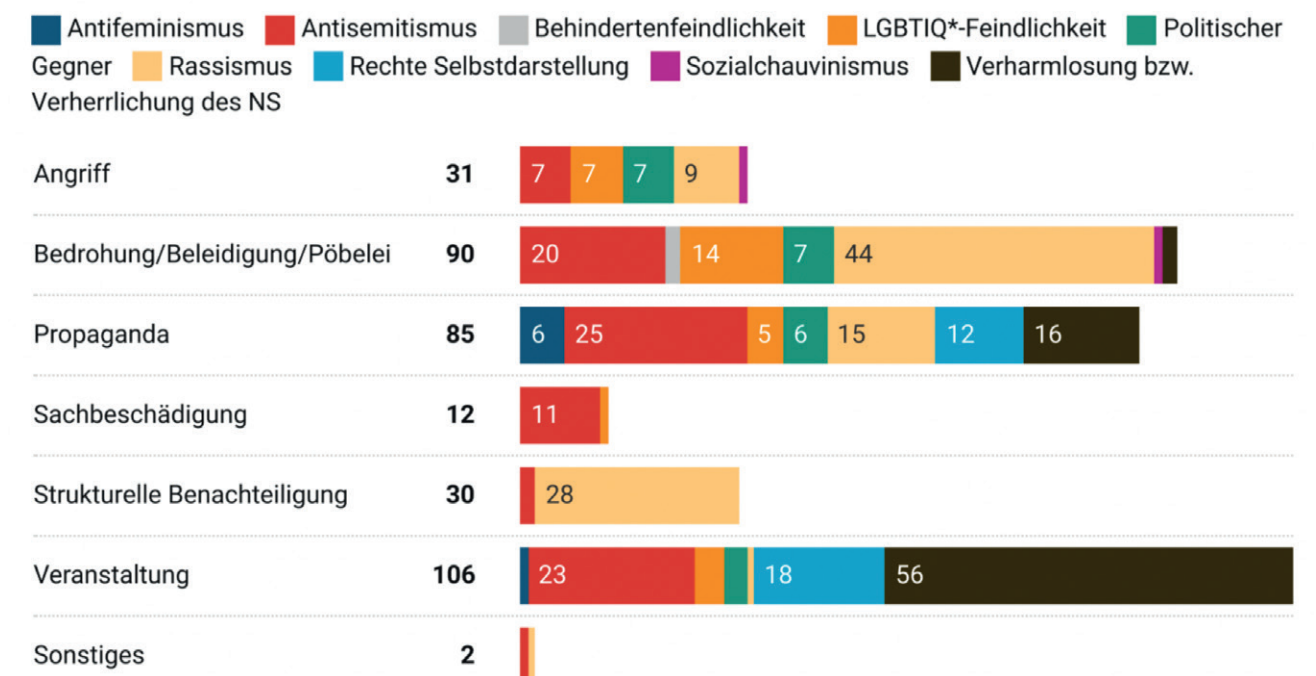
II.III Verteilung nach Ortsteilen

Gesundbrunnen



Im Ortsteil Gesundbrunnen registrierten wir 76 Vorfälle im Jahr 2023 nach 65 Vorfällen im Jahr 2022. Der Zuwachs ist vor allem auf einen Anstieg bei LGBTQ*-feindlichen Vorfällen im Ortsteil zurückzuführen. Mit dem Bahnhof Gesundbrunnen befindet sich einer der Schwerpunkte bei Übergriffen im Ortsteil. 2023 registrierten wir am und um den Bahnhof drei Angriffe und 6 Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien. Im gesamten Ortsteil erfassten wir 8 Angriffe, von denen 5 LGBTQ*-feindlich waren.

Mitte



Im Ortsteil Mitte registrierten wir mit 356 Vorfällen 41 % Vorfälle im Bezirk. Da Teile des Regierungsviertels und das Brandenburger Tor im Ortsteil liegen, gab es hier besonders viele Demonstrationen und Kundgebungen. Wie bereits in den vergangenen Jahren fanden dort Demonstrationen statt, für die die extreme Rechte zum Teil bundesweit mobilisierte. Nach dem 07.10.2023 fanden vor Bundesministerien, am Brandenburger Tor, auf der Straße Unter den Linden und auf dem Alexanderplatz auch Demonstrationen zum Nahost-Konflikt statt, auf denen mehrfach Antisemitismus verbreitet wurde.

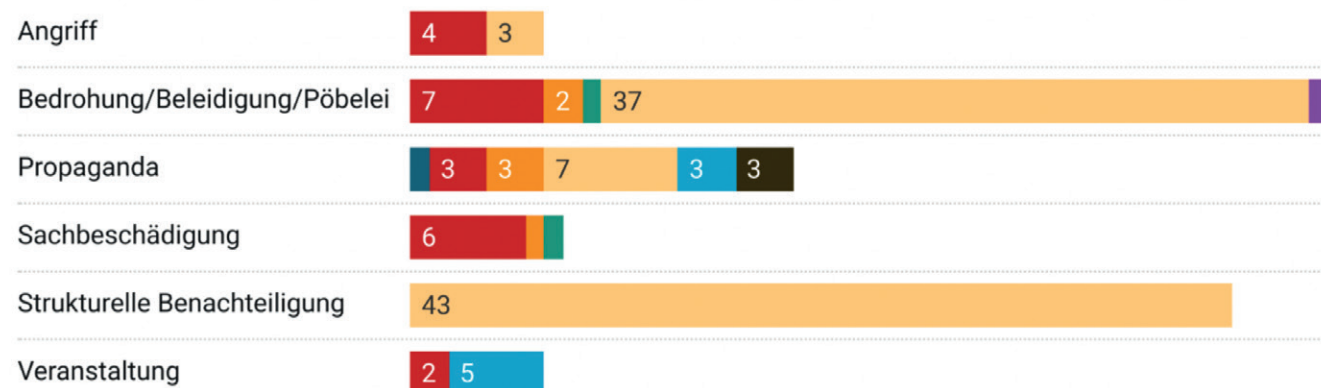
Rund um das Brandenburger Tor registrierten wir insgesamt 56 Demonstrationen. Dabei handelte es sich um 41 Reichsbürger*innenkundgebungen, fünf antisemitische Versammlungen, sechs Versammlungen aus dem verschwörungsideologischen Milieu und vier weitere Versammlungen.

Im Umfeld des Alexanderplatzes registrierten wir insgesamt 25 Demonstrationen. Dabei handelte es sich um fünf antisemitische Versammlungen, 17 Versammlungen aus dem verschwörungsideologischen Milieu und drei weitere Versammlungen.

An den Umsteigebahnhöfen Friedrichstraße und Alexanderplatz treffen verschiedene Milieus und damit Täter*innen und potenzielle Betroffene aufeinander. Allein am Alexanderplatz erfassten wir neun Angriffe und 8 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien. Im ÖPNV im Ortsteil Mitte registrierten wir insgesamt zehn Angriffe und 23 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien.

Moabit

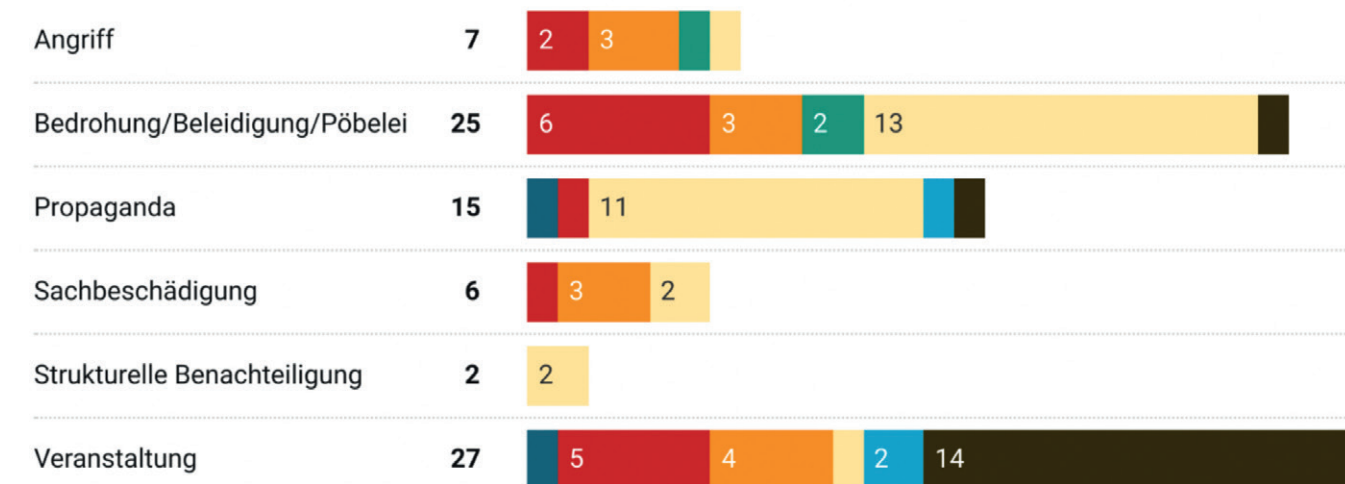
Antifeminismus Antisemitismus Behindertenfeindlichkeit LGBTQ*-Feindlichkeit Politischer Gegner Rassismus Rechte Selbstdarstellung Sozialchauvinismus Verharmlosung bzw. Verherrlichung des NS



Nach 117 Vorfällen im Jahr 2022, erfassten wir dieses Jahr 133 Vorfälle in Moabit. Wie auch in den letzten Jahren war der Anteil der gemeldeten Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien in Moabit sehr hoch. Von den 48 erfassten Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien in Moabit fanden neun im ÖPNV statt. Von den 43 in Moabit registrierten strukturellen Benachteiligungen fanden 38 im Landesamt für Einwanderung statt, welches im Norden des Ortsteils liegt. Weitere Orte in Moabit, an denen uns viel gemeldet wurde, waren der Hauptbahnhof und das Amtsgericht Tiergarten. Rund um den Hauptbahnhof erfassten wir einen Angriff, fünf Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien, 3 Propagandavorfälle und zwei Versammlungen. Am Amtsgericht Tiergarten erfassten wir 12 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien und vor dem Gericht 4 Veranstaltungen. Diese Veranstaltungen waren Kundgebungen von Unterstützer*innen von angeklagten Personen aus der extremen Rechten und der verschwörungsideologischen Szene.

Tiergarten

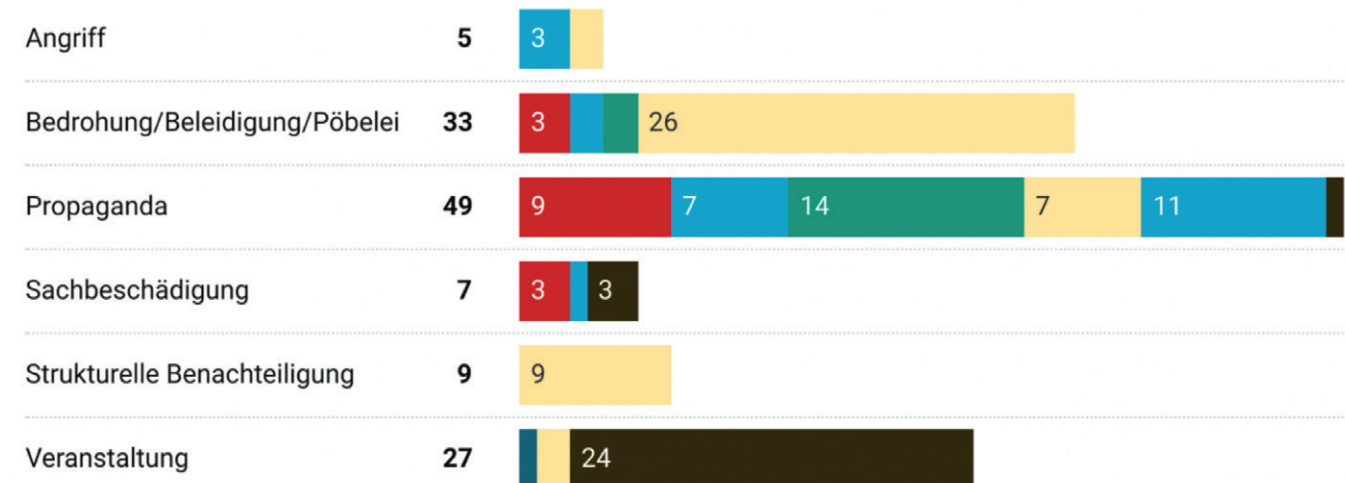
Antifeminismus Antisemitismus Behindertenfeindlichkeit LGBTQ*-Feindlichkeit Politischer Gegner Rassismus Rechte Selbstdarstellung Sozialchauvinismus Verharmlosung bzw. Verherrlichung des NS



Im Ortsteil Tiergarten erfassten wir mit 82 Vorfällen im Jahr 2023 deutlich weniger als 2022, als noch 104 Vorfälle erfasst wurden. Dies ist in erster Linie auf einen Rückgang bei den erfassten Demonstrationen zurückzuführen. Mit der Wiese vor dem Reichstag und der Straße des 17. Juni befinden sich zwei Veranstaltungsorte in Tiergarten, an denen auch Demonstrationen mit bundesweiter Beteiligung stattfinden. Das generell rückläufige Demonstrationsaufkommen schlägt sich auch hier nieder. Die verschwörungsideologische Szene und Reichsbürger*innengruppen mobilisierten seltener als im Vorjahr in den Ortsteil. Im Jahr 2022 erfassten wir noch 55 Veranstaltungen in Tiergarten. 2023 waren es nur noch 27. Die Anzahl der erfassten Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien stieg im Jahresvergleich von 13 auf 25 Vorfälle. Dabei verdoppelten sich antisemitische und antimuslimisch-rassistische Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien auf 6 beziehungsweise 8 Vorfälle. In Tiergarten-Süd erfassten wir eine Reihe von LGBTQ*-feindlichen Vorfällen, darunter Angriffe und die Schüsse auf das Schwule Museum am 24.02.2023.

Wedding

Antifeminismus Antisemitismus Behindertenfeindlichkeit LGBTQ*-Feindlichkeit Politischer Gegner Rassismus Rechte Selbstdarstellung Sozialchauvinismus Verharmlosung bzw. Verherrlichung des NS



Im Jahr 2023 erfassten wir im Ortsteil Wedding 130 Vorfälle, nach 104 erfassten Vorfällen im Jahr 2022. Besonders stark stiegen dabei die erfassten Veranstaltungen und die Propagandavorfälle an. Von den 27 in Wedding erfassten Veranstaltungen waren 23 Kundgebungen der verschwörungsideologischen Szene vor dem Robert-Koch-Institut. Bei den Propagandavorfällen dominierte Neonazi-Propaganda der Kleinparteien "Der III. Weg" und "Die Heimat" (vormals NPD). Auch Propaganda der extrem rechten "Identitären Bewegung" wurde gehäuft erfasst. Die meiste Propaganda wurde entlang der Müllerstraße entdeckt.

Weitere Vorfälle

Wir registrierten 59 Vorfälle, welche keinem Ortsteil zugewiesen wurden. Dies geschah entweder, weil mehrere Ortsteile betroffen waren, oder weil uns von den Melder*innen oder Kooperationspartner*innen kein Ortsteil genannt wurde oder, um keine genaue Zuordnung des Vorfalls zu ermöglichen. Darunter sind Angriffe aus Antwortberichten zu zwei Anfragen im Berliner Abgeordnetenhaus, strukturelle Benachteiligungen in Schulen und Vorfälle durch Behördenmitarbeitende, bei denen die Betroffenen Repressalien befürchten. In dieser Kategorie sind neun Angriffe, sieben Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien, drei Propagandavorfälle, 37 strukturelle Benachteiligungen, zwei Veranstaltungen und ein sonstiger Vorfall.

Wir registrierten neun Vorfälle im Internet mit einem direkten Bezug zum Bezirk. Dabei handelte es sich häufig um Drohungen und Zuschriften gegen Personen und Initiativen aus dem Bezirk.

Die extreme Rechte im Bezirk Mitte

Die in "die Heimat" umbenannte Neonazi-Partei NPD hat 2023 im Mitte nur eine eigenständige Aktion organisiert. Im Oktober 2023 inszenierten sich drei Aktivisten der Partei vor dem Brandenburger Tor in Westen mit der Aufschrift "Heimatschutz". Aktivist*innen der Partei waren an sieben Demonstrationen im Bezirk beteiligt. Dabei waren sie jedoch nur einfache Teilnehmende der Demonstration und waren nicht an der Organisation beteiligt. Wir erfassten sechs Propagandavorfälle mit Bezug zur NPD. In allen Fällen wurden der alte Name und das alte Logo der Partei verwendet.

Die Neonazi-Kleinpartei "Der III. Weg" hielt 2023 in Mitte drei Veranstaltungen ab. Davon zwei am Alexanderplatz und eine vor einer Geflüchtetenunterkunft in Wedding. Bei allen drei Aktionen wurde nur kurz für Kameras posiert, um die Aktionen für Internetpropaganda nutzen zu können. In zwei Fällen bedrohten Mitglieder der Partei Personen im Bezirk. Im Sommer zog eine Gruppe Neonazis vom Alexanderplatz zur Straße Unter den Linden und bedrohte Personen, die vom CSD kamen. In einem Fall wurde ein Antifaschist an seinem Wohnort bedroht. Wir erfassten 20 Propagandavorfälle mit Bezug zum "dritten Weg". Dabei handelte es sich meist um Aufkleber, welche vor allem im Ortsteil Mitte und in Wedding verklebt wurden. Acht der Vorfälle waren LGBTQ*-feindlich.

Die wahrscheinlich größte extrem rechte Bewegung im Bezirk Mitte dürften die faschistischen türkischen "Idealistenvereine" (Ülkücü), die sogenannten "Grauen Wölfe", sein. Aus diesem Umfeld registrierten wir einen antikurdisch-rassistischen Angriff sowie zwei antikurdisch-rassistische Bedrohungen. Nach dem erneuten Aufblühen des Bergkarabachkonflikts mit der Vertreibung der Armenier*innen aus dieser ihrer Heimatregion durch den von der türkischen Regierung unterstützten aserbajdschanischen Staat wurden uns drei Bedrohungen von armenischen Familien und Institutionen gemeldet. Nach der Wahl in der Türkei wurde uns eine Feier von türkischen Faschist*innen in Gesundbrunnen gemeldet.

Reichsbürger*innen

Im Bezirk Mitte waren Gruppierungen aus dem Reichsbürger*innenmilieu ab dem Sommer deutlich weniger aktiv als in den letzten Jahren. Erfassten wir im Jahr 2022 noch 145 Vorfälle mit Bezug zu Reichsbürger*innen, waren es 2023 nur noch 85 Vorfälle. Dabei handelte es sich größtenteils um Versammlungen. Diese Versammlungen konzentrierten sich dabei vor allem auf den Pariser Platz und die Wiesen vor dem Reichstagsgebäude. Der Alexanderplatz war 2022 noch ein Schwerpunkt solcher Demonstrationen. Nachdem wir dort 2022 noch 31 Demonstrationen aus diesem Milieu erfasst hatten, waren es 2023 nur noch 6.

wie Reichsfahnen zu kopieren. "Wir Zusammen" hatte diese Demonstrationsreihe im Frühjahr 2022 von "Patriotic Opposition Europe" übernommen, einer Organisation, die bereits vor Pandemiebeginn aktiv war und in der Vergangenheit vor allem rassistische Demonstrationen organisierte. Am 01.02.2023 fand die Mittwochs demonstration nicht statt und das Bündnis löste sich aufgrund interner Streitigkeiten auf. Die Gruppe "Freie Geister" trat danach kaum noch als Organisator von Demonstrationen in Mitte auf und verlagerte ihre Aktivitäten nach Weißensee. Mitglieder der Gruppe beteiligten sich aber nach wie vor an den meisten verschwörungsideologischen und extrem



Foto: hinter Lidl, Müllerstraße 48, 13349 Berlin-Wedding

Zu Jahresbeginn konnte das Bündnis "Wir Zusammen", welches maßgeblich von der Gruppe "Freie Geister" getragen wurde, teils noch über 100 Teilnehmende zum Alexanderplatz mobilisieren. Diese Demonstrationen fanden mittwochs statt und sollten als Sammelbecken für "Montagsdemonstrant*innen" aus den Randbezirken der Stadt dienen. Die Demonstrationen richteten sich zuerst gegen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie und versuchten später, den Ukraine-Konflikt als Thema für ihre Zielgruppen zu erschließen. Dabei bediente das Bündnis Diskurse des Reichsbürger*innenmilieus um Souveränität und "Nichtstaatlichkeit", ohne dessen äußeres Auftreten

rechten Versammlungen in Mitte. Eher untypisch für das Reichsbürger*innenmilieu ist die Anschlussfähigkeit der "Freien Geister" bei Demonstrationen, die nicht von der extremen Rechten organisiert werden.

Die Gruppe "1871 Friedensboten" hielt 26 Kundgebung vor der amerikanischen Botschaft am Pariser Platz ab. Die Gruppe fiel dabei durch die große Anzahl an Reichsfahnen auf. Auch inhaltlich waren die "1871 Friedensboten" eine typische Reichsbürger*innengruppe, die Verschwörungsmythen über ein angebliches Weiterbestehen des Deutschen Reichs verbreitete und eine Rückerlangung nationaler "Souveränität" forderte.



Nach dem 07.10.2023 beendete die Gruppe ihre samstäglichen Mahnwachen und trat nur noch einmal in Erscheinung. Als Grund wurde die "Sicherheitslage" auf dem Pariser Platz genannt, die sich mit Beginn der Demonstrationen zum Nahost-Konflikt angeblich verschlechtert hatte.

Auf den Reichstagswiesen hielten verschiedene Gruppen Demonstrationen ab. Besonders zu nennen ist hier "staatenlos.info". Die Gruppe veranstaltete 2023 mindestens 11 Kundgebung auf der Wiese. Bei "staatenlos.info" handelt es sich um eine Reichsbür-

ger*innengruppe, um einen ehemaligen NPD-Kader, der wegen Anschlägen auf Flüchtlingseinrichtungen wegen mehrfachen Mordversuchs verurteilt worden ist. An ihren Kundgebungen nehmen häufig nur zehn oder 15 Personen teil. Auch "staatenlos.info" verbreitete Verschwörungsmythen über ein angebliches Weiterbestehen des Deutschen Reichs und forderte eine Rückverlangung nationaler "Souveränität". Eine Besonderheit ist der Fokus auf "Entnazifizierung" und der ständige Vorwurf, Funktionsträger*innen der Bundesrepublik seien Nationalsozialist*innen.

Die verschwörungsideologische Szene in Mitte

Seit 2020 hat die Corona-Pandemie das Demonstrationsgeschehen im Bezirk maßgeblich geprägt. Verschwörungsideolog*innen verschiedenster Richtungen wie Impfgegner*innen und rechtsoffene Esoteriker*innen, Reichsbürger*innen und die extreme Rechte konnten teils zehntausende Menschen gegen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung mobilisieren. Eine Reihe von neuen Gruppierungen wurde im Bezirk aktiv. Noch 2022 erfassten wir 134 Veranstaltungen mit Corona-Bezug. 2023 registrierten wir nur noch 58 Veranstaltungen mit Corona-Bezug. Bei 37 von diesen Veranstaltungen war die Corona-Pandemie das Hauptthema. Von diesen hatten zwei Demonstrationen über 200 Teilnehmende, acht hatten zwischen 30 und 200 Teilnehmenden und 27 hatten unter 30 Teilnehmende. Auf fast all diesen Veranstaltungen wurden NS-relativierende Vergleiche verbreitet. Bei den meisten Demonstrationen mit unter 30 Teilnehmende handelte es sich um "Mahnwachen". Deren Organisator*innen waren vor Pandemiebeginn zum Teil an rassistischen Kundgebungen beteiligt. Im Laufe des Jahres haben die meisten dieser Gruppen nach und nach ihre Aktivitäten eingestellt. Das Thema hat massiv an Mobilisierungspotential verloren. Dennoch spielte das Thema auf fast allen verschwörungsideologischen Demonstrationen weiterhin eine,

wenn auch untergeordnete Rolle. Bei Demonstrationen, die sich eigentlich gegen Waffenlieferungen an die Ukraine richteten, widmeten sich immer wieder einzelne Redebeiträge und Schilder verschwörungsideologisch der Pandemie und Impfungen. Die gemeinsame Zeit im "Widerstand" gegen Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen ist ein verbindendes Element in der Szene.

Ab 2022 wechselten Teile der Szene ihren thematischen Schwerpunkt zum Krieg in der Ukraine. 2023 erfassten wir 83 Kundgebungen, auf denen der Krieg ein Thema war. Davon waren 62 aus dem Reichsbürger*innenmilieu. Diese konnten kaum Personen außerhalb des eigenen Umfelds mobilisieren und hatten meist unter 30 Teilnehmende. Dennoch waren Proteste gegen den Konflikt für die extreme Rechte von besonderer Bedeutung. Die Ablehnung von Waffenlieferungen und ihre prorussische Einstellung stellten einen der wenigen Anknüpfungspunkte zu linken Gruppen dar. Mehrfach gelang es extrem rechten und verschwörungsideologischen Gruppen an Kundgebungen der klassischen "Friedensbewegung" teilzunehmen. Teilweise mit eigenen Wagen. Anders als im Vorjahr erfassten wir keine proukrainischen Demonstrationen von extremen Rechten.

Foto: Berlin gegen Nazis, „Volksdemo“ am Washingtonplatz mit der aktuell viel auftauchenden „Hände“-Symbolik – „Für ein Leben in Selbstbestimmung“ die von „wir sind viele“, einem Label der verschwörungsideologischen Gruppierung „Freedom Parade“, Quelle: www.berlin-gegen-nazis.de



II.IV Zivilcourage

Bei einigen Angriffen, Bedrohungen und Beleidigungen war immerhin ermutigend, dass Passant*innen und Zeug*innen Zivilcourage gezeigt und versucht haben, auf verschiedene Weise gegen Angreifer*innen und Pöbler*innen einzuschreiten. Im Jahr 2023 erfassten wir immerhin 18 Angriffe, Bedrohungen und Beleidigungen, bei denen Menschen Zivilcourage bewiesen haben, was einen deutlichen Anstieg gegenüber 10 Vorfällen im Jahr 2022 und neun Vorfällen im Jahr 2021 bedeutet. Im Erfassungsbereich Propaganda sind wir besonders auf das Engagement unsere Melder*innen angewiesen. Diese Menschen, die in ihrer Freizeit menschenfeindliche Propaganda, vor allem Sticker und Schmierereien, dokumentieren und entfernen, leisten einen wichtigen Beitrag für das gesellschaftliche Klima in der Stadt.



Wie auch im letzten Jahr veranstalteten wir am 19.09. den Tag der Zivilcourage auf dem Leopoldplatz. Zusammen mit Vereinen, Initiativen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen wurden dort Passant*innen über die Bedeutung von Zivilcourage informiert. Insgesamt 30 Organisationen stellten ihre Arbeit an Ständen vor, während ein Bühnenprogramm mit musikalischer Begleitung, inhaltlichen Beiträgen sowie Landes- und Bundespolitiker*innen von demokratischen Parteien die Passant*innen und Anwohner*innen zum Verweilen einlud.



Tag der Zivilcourage 2023 auf dem Leopoldplatz von NARUD e.V. organisiert



II.V Auszüge vom Register-Berlin im Jahr 2023

Um gegen Ausgrenzung und Diskriminierung vorzugehen, muss man sie als Problem erkennen. Und man muss beschreiben wem sie passiert, wo sie stattfindet und wie sie funktioniert. Wir veröffentlichen die Vorfälle, die uns gemeldet werden.

www.berliner-register.de

Antisemitismus auf der Straße ·

18.11.2023 Bezirk: Mitte

Eine jüdische Musikerin wurde auf einer Straße im Ortsteil Mitte von zwei Frauen erkannt, angesprochen und in ein Streitgespräch verwickelt. Dabei wurde ihr vorgeworfen, „Scheiß-Zionistinnen“ – wie sie seien sie selbst Schuld am Terror der Hamas in Israel.

Quelle: Registerstelle Mitte, Bürger*innenmeldung

Antimuslimischer Rassismus - Beleidigungen in Jugendeinrichtung in Moabit

17.03.2023 Bezirk: Mitte

In einer Jugendeinrichtung, die sich vorwiegend an Mädchen richtet, die selbst oder deren Familien eine Migrationsgeschichte haben, kam es zu einer rassistischen Beleidigung durch eine Passantin. Die Frau wollte auf dem Gehweg an der Einrichtung vorbeigehen und fing ein Gespräch mit Mitarbeiterinnen an. Dabei unterstellte sie einer Mitarbeiterin, die ein Kopftuch trug, dass diese keine Deutsche sei. Sie ging zudem in die Einrichtung und erklärte dort einem anwesenden Mädchen, das ein Kopftuch trug, dass es den deutschen Feminismus nicht kennen könne, weil sie keine Deutsche sei. Des Weiteren unterstellte sie den anwesenden Mädchen, die ein Kopftuch trugen, dass diese dafür keine religiösen Gründe haben könnten. Sie wurde daraufhin der Einrichtung verwiesen.

Quelle: Recherche- und Dokumentationsstelle antimuslimischer Rassismus (REDAR)

AfD-BVV-Verordneter verteidigt Motiv eines Rechtsterroristen

16.08.2023 Bezirk: Mitte

Ein AfD-BVV-Verordneter aus Mitte äußerte sich auf „X“ zum norwegischen Rechtsterroristen und Massenmörder Anders Breivik mit den Worten „Dass er ein Mörder war, beweist ja nicht, dass er politisch falsch lag.“ Die Plattform hat den Post mittlerweile gelöscht. Derselbe BVV-Verordnete war wegen eines anti-Schwarzen rassistischen Angriffs auf zwei Schwarze Frauen im August 2021 in Berlin-Mitte, wobei er eine der Frauen gebissen hatte, im Februar 2023 wegen Körperverletzung und Beleidigung rechtmäßig verurteilt worden. Quelle: Registerstelle Mitte, „X“, T-online vom 15.08.2023

Anti-Schwarze rassistische Diskriminierung von aus der Ukraine geflüchteter Person

05.09.2023 Bezirk: Mitte

Eine aus der Ukraine geflüchtete Schwarze Person wurde im Bezirk Mitte bei der Arbeit und bei Behörden rassistisch diskriminiert. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht.

Quelle: Horoya Coalition

Anti-asiatischer Rassismus in Mitte

11.06.2023 Bezirk: Mitte

Eine Frau, die in der Nähe der chinesischen Botschaft wohnte, wurde mit anti-asiatisch-rassistischen und sexistischen Zurufen von Autofahrern belästigt. Dies passierte in der Vergangenheit mehrfach. Teils wurde ihr dabei ins Ohr geschrien.

Quelle: Meldeformular des Berliner Registers

Anlaufstellen des Berliner Registers (Meldungen an das Register) und Beratungsstellen für Berlin-Mitte

Weitere Adressen
und Angebote auf der Webseite:
www.berliner-register.de

III.I Anlaufstellen des Berliner Registers im Bezirk Berlin-Mitte

Für Betroffene und Zeug_innen von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gibt es verschiedene Beratungsangebote, die allesamt kostenlos sind. Das Spektrum reicht von Rechtsberatung, über Sozialberatung und Begleitservices bis hin zur psychotherapeutischen Betreuung bei traumatisierten Gewaltopfern.

Sie können sich immer gerne an die **Registerstelle Berlin-Mitte bei NARUD e.V.** wenden:
Tel.: (030) 40757551 und 0157/76318728 · Mail: register@narud.org · www.narud.org/register/

Gesundbrunnen

**Büro für Bürger*innenbeteiligung
L.I.S.T. GmbH**
Gottschedstraße 33 · 13357 Berlin
Webseite: www.mittemachen-berlin.de
Telefon: +49 30 460605560
E-Mail: beteiligung-mitte@list-gmbh.de

**Café VIA
IN VIA Jugendmigrationsdienst**
Bellermannstraße 9 · 13357 Berlin
Webseite: www.invia-berlin.de
Telefon: +49 30 81864163
E-Mail: jmd@invia-berlin.de

**Demokratie in der Mitte - Vor-Ort-Büro
Fabrik Osloer Strasse e.V.**
Osloer Straße 12
13359 Berlin-Gesundbrunnen
Webseite: www.demokratie-in-der-mitte.de
Telefon: +49 30 49500526
E-Mail: info@demokratie-in-der-mitte.de

**Lotsenprojekt „Die Brücke“ e.V.
Vor-Ort-Büro Humboldthain**
Putbusser Straße 27
13355 Berlin-Gesundbrunnen
Telefon: +49 30 50344148

**Lotsenprojekt „Die Brücke“ e.V.
Vor-Ort-Büro Soldiner Kiez**
Koloniestraße 35a
13359 Berlin-Gesundbrunnen
Telefon: +49 30 48478064

Wendepunkt gGmbH
Gottschedstr. 4
13353 Berlin
Internet: team-wendepunkt.de
Telefon: +49 30 68323283
E-Mail: info@team-wendepunkt.de

Mitte

**Antidiskriminierungsberatung Alter, Behinderung oder chronische Erkrankung
Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V.**
Littenstraße 108 · 10179 Berlin-Mitte
Webseite: www.lv-selbsthilfe-berlin.de
Telefon: +49 30 27592527, +49 30 27875691
E-Mail: adb@lv-selbsthilfe-berlin.de

**Ban Ying e.V.
Koordinations- und Beratungsstelle gegen Menschenhandel**
Anklamer Strasse 38
10115 Berlin-Mitte
Webseite: www.ban-ying.de
Telefon: +49 30 44063-73, +49 30 44063-74
E-Mail: beratung@ban-ying.de

Moabit

**Integrationsbüro Mitte
Rathaus Tiergarten**
Mathilde-Jacob-Platz 1 · 10551 Berlin-Moabit
Webseite: www.berlin.de/ba-mitte
Telefon: +49 30 901833035
E-Mail: integrationsbuero@ba-mitte.berlin.de

**Jugendmigrationsdienst Mitte
Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands**
Sickingenstraße 20-28 · 10553 Berlin-Moabit
Telefon: +49 30 440329-63
E-Mail: jmd.mitte@cjd-berlin.de

Karame e.V.
Wilhelmshavener Straße 22 · 10551 Berlin
Telefon: +49 30 39035516
Webseite: www.karame.de

Korea Verband e.V.
Quitzwowstraße 103
10551 Berlin-Moabit
Webseite: www.koreaverband.de
Telefon: +49 30 39805984
E-Mail: mail@koreaverband.de

**Lotsenprojekt „Die Brücke“ e.V.
Vor-Ort-Büro**
Beusselstraße 80 · 10553 Berlin-Moabit
Telefon: +49 30 34096426

Opferhilfe Berlin e.V.
Oldenburger Straße 38 · 10551 Berlin
Webseite: www.opferhilfe-berlin.de
Telefon: +49 30 3952867
E-Mail: info@opferhilfe-berlin.de

Transaidency e.V.
Turmstraße 70 · 10551 Berlin
Webseite: www.transaidency.org
Telefon: +49 30 99212536
E-Mail: kontakt@transaidency.org

Tiergarten

**GLADT e.V.
unabhängig, mehrsprachig, queer**
Lützowstr. 28 · 10785 Berlin
Webseite: www.gladt.de
E-Mail: info@gladt.de

**Lotsenprojekt „Die Brücke“ e.V.
Vor-Ort-Büro**
Pohlstraße 6 · 10785 Berlin-Tiergarten
Telefon: +49 30 23003971

Wedding

Basta! Erwerbsloseninitiative Berlin
Schererstraße 8 · 13347 Berlin-Wedding
Webseite: www.basta.blogspot.eu
E-Mail: bastaberlin@systemli.org

**Gangway e.V.
Team Wedding**
Buttmannstraße 15 · 13357 Berlin-Wedding
Telefon: +49 30 4626480

Kiezhaus Agnes Reinhold
Afrikanische Straße 74
13351 Berlin-Wedding
Webseite: www.kiezhaus.org
E-Mail: info@kiezhaus.org

Kulturen im Kiez e.V.
Utrechter Straße 36
13347 Berlin-Wedding
Webseite: www.kulturen-im-kiez.de
Telefon: +49 30 98327767
E-Mail: info@kulturen-im-kiez.de

**Lotsenprojekt „Die Brücke“ e.V.
Vor-Ort-Büro**
Hochstädter Straße 16
13347 Berlin-Wedding
Webseite: www.bildungsmarkt.de
Telefon: +49 30 45020882
E-Mail: lotsen-hochstaedter@bildungsmarkt.de

**Lotsenprojekt „Die Brücke“ e.V.
Vor-Ort-Büro**
Hochstädter Straße 16
13347 Berlin-Wedding
Telefon: +49 30 60503098

**Zukunftshaus Wedding
Mobile Stadteitarbeit im Parkviertel**
Müllerstraße 56-58
13349 Berlin
Webseite: www.pgssoziales.de
Telefon: 030-45005 131
E-Mail: stadtteilzentrum@pgssoziales.de,
mobil@pgssoziales.de

III.II BERATUNGSSTELLEN

Opferhilfe Berlin e.V.

Tätigkeit: Beratung nach Gewalttaten, Zeug*innenbetreuung, Traumafachberatung, Fremdsprachige Beratung

Oldenburger Straße 38, 10551 Berlin
Tel.: (030) 395 28 67
www.opferhilfe-berlin.de

Gewaltschutzambulanz der Charité – Universitätsmedizin Berlin Tätigkeit: rechtsmedizinische Begutachtung und Dokumentation von sichtbaren Verletzungen
Birkenstraße 62, Haus N, 10559 Berlin
Tel.: (030) 450 570 270
www.gewaltschutzambulanz.charite.de

HateAid gGmbH

Tätigkeit: Beratung und Unterstützung bei Gewalt im Internet

c/o Stiftung Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Tel.: 0172 4636998
www.hateaid.org

ADAS – Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen von LIFE e.V.

Tätigkeit: Beratungsstelle für Menschen, die in Berliner Schulen Diskriminierung erleben
Rheinstraße 45/46, 12161 Berlin,
Aufgang C, 3. Etage
Tel.: 0800 724 50 67
www.adas-berlin.de

Antidiskriminierungsbeauftragte der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Tätigkeit: Beratung bei Diskriminierung in Schulen, Schulentwicklung

Bernhard-Weiß-Str. 6 · 10178 Berlin
Raum 3 C 40,
Tel.: (030) 90227 -5817
www.berlin.de/sen/bjf/service/qualitaets-und-beschwerdemanagement/

Berliner Netzwerk gegen Diskriminierung in Schule und Kita (BeNeDiSK)

Tätigkeit: Beratung bei Diskriminierung in Schule und Kita

c/o Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V.
Oranienstraße 34, 10999 Berlin
Tel.: (030) 818 219 295
www.benedisk.de

Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt:

Fair mieten – Fair wohnen
Tätigkeit: Kostenlose und Mehrsprachige Beratung bei Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt

Oranienstraße 53, 10969 Berlin
Tel.: (030) 623 26 24
www.fairmieten-fairwohnen.de

Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Tätigkeit: Beratung und juristische Erstberatung in allen Fällen von (vermuteter) Diskriminierung, besonders bei Vorkommissen und Fragestellungen die - über den Einzelfall hinaus - auch bundesweit von Bedeutung sein können.

Glinkastraße 24, 10117 Berlin
Tel.: (030) 18 555-1855
www.antidiskriminierungsstelle.de

LADS Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

Salzburgerstr. 21-25, 10825 Berlin
Tel.: (030) 9013 3460
www.berlin.de/sen/lads

III.III Rassismus, Flucht und Migration

ReachOut

Tätigkeit: Beratung für Opfer rechter, Orassistischer und antisemitischer Gewalt
Beusselstr. 35 · 10553 Berlin,
(Hinterhaus 4. Etage)
Tel.: (030) 69 56 83 39
www.reachoutberlin.de

OPRA – Psychologische Beratung für Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Beusselstrasse 35 · 10553 Berlin,
Hinterhaus
Tel.: (030) 92 21 82 41
www.opra-gewalt.de

ADNB des Türkischer Bund Berlin Brandenburg (TBB) - Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin

Tätigkeit: Beratungsstelle primär für in Berlin lebende Menschen, die rassistische und damit zusammenhängende Diskriminierungserfahrungen machen
Oranienstraße 53, 10969 Berlin
www.adnb.de

Bund für Antidiskriminierungs- und Bildungsarbeit e.V. (BDB e.V.)

Tätigkeit: Beratung und Begleitung für Menschen, die von Diskriminierung und Rassismus betroffen sind

SprengelHaus

Sprengelstr. 15, 13353 Berlin
Tel.: (030) 216 88 84
www.bdb-germany.de

KuB Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V.

Tätigkeit: Beratung von Geflüchteten und Migrant*innen (insb. geflüchtete Frauen) zu Asyl und Aufenthalt, mehrsprachig, Dolmetschen in Gebärdensprache
Oranienstr. 159 , 10969 Berlin-Kreuzberg
Tel.: (030) 614 94 00
www.kub-berlin.org

Beratungsstelle für Migrant/innen von Arbeit und Leben Berlin (DGB/VHS)

Tätigkeit: mehrsprachige Beratung in arbeits-, sozial- und ausländerrechtlichen Fragen und zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)
Kapweg 4, 13405 Berlin
Tel.: (030) 5130 192 80
www.berlin.arbeitundleben.de

Wedding.hilft

Tätigkeit: Unterstützung für Geflüchtete (z.B. bei der Wohnungssuche, Dolmetschen v.a. arabisch, serbokroatisch, kurdisch)
c/o Soziales Zentrum
Wollankstr. 58-60, 13359 Berlin
www.wedding-hilft.de

Moabit hilft e.V.

Tätigkeit: allgemeine Beratung von Geflüchteten, Begleitsdienste
Turmstr. 21 · 10559 Berlin
Haus R
Tel.: (030) 35057538
www.moabit-hilft.com

III.IV Islamfeindlichkeit/Antimuslimischer Rassismus

Inssan e.V.

Tätigkeit: Erstberatung und Unterstützung bei Diskriminierung aufgrund der muslimischen oder muslimisch zugeschriebenen Identität
Gitschiner Str. 17, 10969 Berlin
Tel.: (030) 20619639
www.inssan.de

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA)

Tätigkeit: Beratung bei antisemitischen Vorfällen
Postfach 12 05 30, 10595 Berlin
Tel.: (030) 914 811 69
www.jfda.de

III.V Antiziganismus

Amaro Foro

Tätigkeit: Erstberatung Antiziganismus, Beratungsstelle für rumänische und bulgarische Roma mit Sprachmittlung, aufsuchender Arbeit und Sozialberatung, auf Bulgarisch, Romanes und Rumänisch
Kaiser-Friedrich-Straße 19, 10585 Berlin
Tel.: (030) 610811020
www.amaroforo.de

Kulturen im Kiez e.V.

Tätigkeit: Beratung für Zuwandererfamilien aus Süd-Ost-Europa, Mädchenarbeit mit Romnja
Utrechter Straße 36, 13347 Berlin
Tel.: (030) 983 277 67
www.kulturen-im-kiez.de

III.VI Antisemitismus

OFEK Beratungs- und Interventionsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung der ZWST (Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.)

Tätigkeit: Beratungs- und Interventionsstelle, kostenfreie Einzelfallberatung für Antisemitismuserfahrene und Betroffene antisemitischer Gewalt
Schönhauser Allee 12, 10119 Berlin
Tel.: (030) 610 80 458
www.zwst-kompetenzzentrum.de

III.VII LGBTIQ*-Feindlichkeit

GLADT e. V.

Tätigkeit: Psychosoziale Beratung von und für Schwarze und of Color LSBTIQ zu Antidiskriminierung, Antigewalt, Asyl und Migration, Trans* und Inter*, Gesundheit u.v.m.*
Lützowstraße 28, 10785 Berlin
Tel.: (030) 26556633
www.gladt.de

LesMigraS

Tätigkeit: Antigewalt- und Antidiskriminierungs-Bereich der Lesbenberatung Berlin e.V.
Kulmer Str. 20a, 10783 Berlin
Tel.: (030) 21 91 50 90
www.lesmigras.de

StandUp Antidiskriminierungsprojekt der Schwulenberatung Berlin

Tätigkeit: Mehrsprachiges Beratungsangebot für Schwule und bisexuelle Männer, Menschen mit HIV und Aids, transgeschlechtliche Menschen.
Niebuhrstr. 59/60 · 10629 Berlin
(Rollstuhlgerechte Räume und Fahrstuhl vorhanden)
Tel.: (030) 23 36 90 -80
www.schwulenberatungberlin.de

MANEO - das schwule Anti-Gewalt-Projekt und Überfalltelefon in Berlin

Tätigkeit: Beratung für schwule und bisexuelle Männern, die von schwulenfeindlicher Gewalt und Diskriminierung betroffen sind – egal ob als Opfer, Tatzeugen oder Lebenspartner der Betroffenen.
Bülowstraße 106, 10783 Berlin
Tel.: (030) 216 33 36
www.maneo.de

Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) –

Tätigkeit: LSVD Berlin Beratung für Regenbogenfamilien, Lesben, Schwule, Bisexuelle, transgeschlechtlich definierte Menschen, Kostenlose Rechtsberatung.
Kleiststraße 35, 10787 Berlin
Tel.: (030) 22 50 22 15
www.berlin.lsvd.de/beratung

L-Support

Tätigkeit: Antigewaltprojekt für lesbische, bisexuelle und queere Frauen
Potsdamer Str. 139 · 10783 Berlin
Tel.: (030) 459 618 65
www.l-support.net/l-support

Sonntags-Club

*Tätigkeit: Beratung für Transidente Menschen, Transgender, Menschen mit einer Trans*thematik, Lesben, Schwule, bisexuelle Menschen, auch auf Englisch*
Greifenhagener Str. 28, 10437 Berlin
Tel.: (030) 449 75 90
www.sonntags-club.de/beratung.html

Berliner Staatsanwaltschaft

Ansprechpartner_in für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Berliner Staatsanwaltschaft
Tätigkeit: Schwule, lesbische, bisexuelle, transsexuelle und intersexuelle Opfer homophober Hasskriminalität können sich direkt an die Staatsanwaltschaft wenden. Sie nimmt Anliegen, Beschwerden, gegebenenfalls auch Strafanzeigen auf und stellt den Kontakt zu

den zuständigen Staatsanwälten, der Polizei und den privaten Hilfsorganisationen her.

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

Ansprechpartnerin:
Oberstaatsanwältin Ines Karl
Salzburger Straße 21-25, 10825 Berlin
Tel.: (030) 9014-2697

III.VIII Behinderung und (chronische) Krankheit

Antidiskriminierungsberatung Alter oder Behinderung Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V.

Littenstraße 108, 10179 Berlin
Tel.: (030) 27 59 25 27 und (030) 27 87 56 91
www.lv-selbsthilfe-berlin.de/antidiskriminierungsberatung

Netzwerk behinderter Frauen Berlin e.V.

Tätigkeit: Psychosoziale Beratung telefonisch, persönlich und per E-Mail, Peer-Beratung (behinderte Frauen beraten behinderte Frauen).
Leinestr. 51 · 12049 Berlin
(rollstuhlgerechte Räume)
Tel.: (030) 617 091 -68 / -69
www.netzwerk-behinderter-frauen-berlin.de

AIDS-Hilfe e.V.

Kontaktstelle zu HIV-bedingter Diskriminierung der Deutschen AIDS-Hilfe e.V.
Tätigkeit: Erstberatung zu HIV-bedingter Diskriminierung
Wilhelmstr. 138, 10963 Berlin
Tel.: (030) 690 087-67
www.aidsilfe.de/de/aktuelles/meldungen/neue-kontaktstelle-zu-hiv-bedingterdiskriminierung

3.9 Sozialer Status

Basta! Erwerbsloseninitiative Berlin

Tätigkeit: Beratung und Begleitung zum Jobcenter

Schererstraße 8, 13347 Berlin
www.basta.blogsport.eu

Zentrale Beratungsstelle für Menschen in Wohnungsnot

Tätigkeit: niedrigschwellige Anlaufstelle für Menschen, die keine Wohnung haben, vom Verlust der Wohnung bedroht sind oder sich in einer vergleichbaren Notlage befinden

Levetzowstraße 12a, 10555 Berlin-Tiergarten
Tel.: (030) 3904740
www.wohnungslos-berlin.de

III.X Frauen und Mädchen

BIG e.V. - Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen

Tätigkeit: Hilfe bei häuslicher Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder, mehrsprachige Beratung am Telefon, per Mail oder persönlich, Begleitung ins Frauenhaus, ins Krankenhaus und vor Gericht

Durlacher Str. 11 a, 10715 Berlin
Hotline: Tel.: (030) 611 03 00
www.big-hotline.de

Ban Ying e.V. Koordinations- und Beratungsstelle gegen Menschenhandel

Tätigkeit: Fachberatungsstelle gegen Menschenhandel, Einwanderinnen aus Südostasien
Anklamer Strasse 38, 10115 Berlin
Tel.: (030) 44 06 -373 und -374
www.ban-ying.de

TERRE DES FEMMES - Menschenrechte für die Frau e. V.

Tätigkeit: Beratung zu Gewalt gegen Mädchen und Frauen, Zwangsheirat, weiblicher Genitalverstümmelung, häusliche Gewalt und sexualisierte Gewalt

Brunnenstr. 128, 13355 Berlin
Tel.: (030) 40 50 46 99 0
www.frauenrechte.de

Wildwasser Arbeitsgemeinschaft gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen e.V.

Tätigkeit: Beratung für Mädchen nach sexuellem Missbrauch
Wriezener Straße 10-11, 13359 Berlin
Tel.: (030) 48 62 82 30
www.wildwasser-berlin.de

LARA Fachstelle gegen sexualisierte Gewalt an Frauen*

Tätigkeit: unbürokratische Hilfen für Frauen* nach sexualisierter Gewalt (ab 14. Lebensjahr)
Fuggerstraße 19, 10777 Berlin
Tel.: (030) 216 88 88
www.lara-berlin.de

III.XI Alter – Antidiskriminierungsberatung

Alter oder Behinderung

Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V.

Littenstraße 108, 10179 Berlin
Tel.: (030) 27 59 25 27 und (030) 27 87 56 91
www.lv-selbsthilfe-berlin.de/antidiskriminierungsberatung

KiDs – Kinder vor Diskriminierung schützen!

Tätigkeit: Beratung und Begleitung in Diskriminierungsfällen an, die junge Kinder im Alter von 0 bis 8 Jahren betreffen. Eine mehrsprachige Beratung ist möglich.

Naunynstraße 64, 10997 Berlin
Tel.: (030) - 80206323
www.kids.kinderwelten.net/de

III.XII Rechts- extremismus

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Tätigkeit: Beratung bei konkreten rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Herausforderungen in ihren verschiedensten



Wikimedia, Autor Leonhard Lenz, CC0 1.0 Universal (CC0 1.0)

Erscheinungsformen für Einzelpersonen und Organisationen

Gleimstraße 31, 10437 Berlin
Tel.: (030) 817 985 810
www.mbr-berlin.de

Violence Prevention Network e. V.

Tätigkeit: Beratung für Menschen, die sich von extremistischen Ideologien und Gruppen lösen möchten sowie deren Angehörige und Umfeld
Alt-Moabit 73, 10555 Berlin
Tel.: (030) 917 05 464

III.XIII Andere

entschwört.

Ein Projekt von pad
präventive, altersübergreifende Dienste im sozialen Bereich gGmbH
Tätigkeit: Beratung im Umgang mit Verschwörungsmethoden im persönlichen Umfeld
Telefonisch: 0178 572 81 03
E-Mail: beratung@entschwuert.de
www.entschwuert.de/



Gefördert durch

im Rahmen von

<p>BERLIN</p>		<p>DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.</p>
<p>Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung</p>		<p>Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus</p>



www.berliner-register.de/mitte